

# Breslauer



# Beitung.

Nr. 47.

Sonntag den 16. Februar

1851.

## Telegraphische Depesche der Breslauer Zeitung.

Berlin, 15. Februar, 7 Uhr 25 Minuten Abends.  
In der heutigen Sitzung der ersten Kammer wurde über Arnims Antrag, Schleswig-Holstein betreffend, zur einfachen Tagesordnung mit 71 gegen 41 Stimmen übergegangen.

In der zweiten Kammer wurden die Amendements von Schubert, Vincke und Fröbner, die Beschränkung der Klassen- und Einkommensteuer betreffend, verworfen, dagegen das Amendement Nichtkeils, die Herabsetzung der Steuerföge von 1856 ab möglich zu machen, mit 153 Stimmen der Linken gegen 144 Stimmen der Rechten angenommen.

## Telegraphische Nachrichten.

Paris, 13. Februar, Abends 8 Uhr. Das Bureau der Legislation bleibt dasselbe; die Vicepräsidenten und Sekretäre sind wieder gewählt worden. Ueber die verlangten Ergänzungskredite aus den Jahren 1850 und 1851 wird diskutiert und dieselben werden bewilligt. Die Verwaltung Fonds wird morgen wegen unberechtigter Ausgabe von 63 Millionen Francs heftig angegriffen werden. — Trotz des gestrigen Moniteurs eröffnet heute das Journal „Pays“ eine National-Subscription und giebt sechs Orte an, wo Beiträge angenommen werden.

Brüssel, 14. Febr. Die Deputirtenkammer hat das vorgelegte Telegraphen-Reglement angenommen.

Agram, 13. Februar. Mehrere Hundert Insurgenten kamen am 6. aus Novi und Vidr in Bihacz an und beschloßen, aus jedem Hause der Kraina einen Bewaffneten zu fordern und am 9. oder 10. en masse nach Agram aufzubrechen. Sie wollen Omer Pascha in Sarajewo angreifen, einschließen oder zum Abzuge aus Bosnien zwingen. Die Herzogowiner unter Kasas Pascha sollen das Detachement bei Konica angreifen und sich mit den Krainern und Bosniakern Insurgenten vor Sarajewo vereinigen. Die Agramer Zeitung bezweifelt das Gelingen dieses Planes, da die Operationslinie der Insurgenten zu ausgedehnt sei.

## Uebersicht.

Breslau, 15. Febr. In der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer wurde in der Beratung des Steuergesetzes fortgefahren. Man gelangte bis zu § 37. Ein Amendement des Abgeordneten Schubert brachte die Debatte auf das Kapitel der Steuererleichterung, worauf sich ein ziemlich lebhafter parlamentarischer Kampf entwickelte. Gestern fand zu Berlin unter Vorst. Sr. Majestät des Königs ein Ministerrath statt, in welchem wahrscheinlich die Instruktionen festgesetzt wurden, welche der Ministerpräsident nach Dresden mitnehmen soll, wohin er bekanntlich morgen abreisen wird. Nach diesem Ministerrath hatte der Ministerpräsident v. Mantauffel noch eine Unterredung mit dem Prinzen von Preußen, der wahrscheinlich heute schon nach der Rheinprovinz abgereist sein wird.

Der französische Gesandte am preussischen Hofe, Lefebvre, ist wieder in Berlin eingetroffen und hatte bereits eine Unterredung mit dem Premierminister v. Mantauffel. Wie unser Berliner Korrespondent meldet, hat der französische Gesandte wichtige Mittheilungen gemacht, so namentlich in Bezug auf die gegen die Schweiz beabsichtigten Maßregeln, ferner in Bezug auf den Eintritt von Gesamt-Österreich in den deutschen Bund u.

Die von Berliner Zeitungen mitgetheilte Nachricht, daß im Staats-Ministerium ein neues Wahlgesetz berathen werde, wird von der Reform als eine völlig ungegründete bezeichnet.

Unter Berlin gehen wir eine Zusammenstellung von Meinungen und Ansichten der Berliner Zeitungen über die Besetzung der Kronenwerke von Rendsburg durch die Dänen.

Nicht allein Hannover, sondern auch Braunschweig soll gegen die dänische Besetzung der Kronenwerke von Rendsburg protestirt haben.

Unser Berliner Korrespondent erörtert die Ursache der verschiedenen Angaben preussischer und österreichischer halböffentlicher Blätter in Bezug auf die Aufstellung eines Observations-Corps am Mittel-Rhein.

Aus Frankfurt a. M. wird berichtet, daß Österreich von seinen Absichten gegen die Schweiz noch nicht Abstand genommen habe.

Auch bayerische Blätter meinen: daß das Verbot der weiteren Pferdeverkäufe (s. gest. Zig.) manchen in den Maßregeln in Verbindung stehen, welche gegen die Schweiz beabsichtigt wurden.

Aus der italienischen Schweiz wird gemeldet: daß ein starkes österreichisches Armeekorps an der Grenze von Piemont zusammengezogen werde. Von demselben seien 40,000 Mann mit 60 Kanonen zu Pavia, 15,000 Mann mit 30 Kanonen zu Magenta, 40,000 Mann mit 80 Geschützen zu Mailand und dessen Umgebung, und 10,000 Mann bei Como. Man fragt sich nun: gilt dies Piemont, Mittel-Italien oder der Schweiz?

Die österreichischen Truppenzüge durch Schleien auf der Wilhelmsbahn dauern ununterbrochen fort.

Der größte Theil der österreichischen Truppen verläßt diese Tage Mecklenburg, um sich ebenfalls nach Posen zu begeben. Dafür stehen jetzt 14–15,000 Preußen an der mecklenburgischen Grenze.

Hannoversche Blätter theilen selbst das Gerücht mit: daß die Reaktions-Partei in Hannover dahin strebe, den König zur Abdankung zu bewegen, um dann alle konstitutionellen Freiheiten vernichten zu können.

Die beiden Kammern zu Hannover haben am 13. die 3 Kandidaten gewählt, aus denen der König die Präsidenten der Kammern Benutzen. Die erste Kammer stellt als die 3 Kandidaten auf: Graf Hoff, die zweite Kammer: Windthorst, Böhmmer und Ellissen. Auf eine in derselben Sitzung gemachte Interpellation wurde von dem betreffenden Minister verprochen: daß nachhens von dem Ministerium eine Vorlage darüber gemacht werden würde, welche Grundgesetze dem gegenwärtigen Ministerium über die Leitung des Landes und der deutschen Frage, namentlich in Beziehung auf die kurhessischen und schleswig-holsteinischen Angelegenheiten, zur Richtschnur dienen haben.

Die Baiern werden am 19. d. M. aus Kurhessen abmarschiren. — Bekanntlich ist den kurhessischen Offizieren ein Revers vorgelegt worden, in welchem sie sich zur Ausführung der bekannten September-Verordnungen verpflichten. Diesen sollen nach 24stündiger Bedenkzeit sämtliche Offiziere unterzeichnet haben, bis auf 6 Stabsoffiziere, welche ihren Abschied verlangten.

Der halböffentliche Leipziger Zeitung wird aus Dresden geschrieben: daß auch in der dritten Kommission (für die deutschen Verkehrs- und Handelsverhältnisse) die österreichische Regierung mit der preussischen in ihren Anträgen meist übereinstimme, und daß es dem gemeinschaftlichen Willen Österreichs, Sachsens, Baierns und Württembergs gelingen werde, dem ganzen Deutschland großartige Verkehrs-Erleichterungen zu gewähren. — Der ganze Artikel steht einer halböffentlichen Inspiration nicht unähnlich, welche darauf berechnet ist, eine Annäherung zwischen dem Zollverein und dem hannoverschen Steuer-Verein zu verhindern.

Die Politiker zu Paris zehren noch an der letzten, wichtigen Debatte über die Dotation des Präsidenten. Am 12. Februar fanden die Präsidenten- und Bureau-Wahlen der National-Verammlung statt, welche mit wenigen Ausnahmen auf die früheren Personen fielen.

Die offizielle Hannoverische Zeitung enthält eine Mittheilung in Bezug auf eine englische und eine französische Note wegen des Eintritts von ganz Österreich und Preußen in den deutschen Bund. Wir theilen diesen bemerkenswerthen Artikel unter „Hannover“ mit.

In dem österreichischen diplomatischen Corps sollen bedeutende Veränderungen vorgenommen werden. Graf Eschsch (Präsident des Bundestages in Frankfurt) soll Gesandter in London und Graf Rechberg in gleicher Eigenschaft in Berlin fungiren.

Zwischen dem Sultan und dem Vicekönig von Egypten droht ein ernstlicher Konflikt auszubrechen. Der Erstere macht an Letzteren bedeutende Anforderungen, der Letztere antwortet hierauf mit Rücksicht. Kommt es zur ersten Entgegnung, dürfte die vor einigen Jahren verlagte orientalische Frage sämtliche europäischen Großmächte alarmiren.

## Preußen.

### Kammer-Verhandlungen.

Berlin, 14. Februar.

(Schluß zur gestrigen Sitzung der zweiten Kammer.)

Abg. v. Vincke kann sich dem Amendement v. Eynern nicht anschließen, weil es die Prinzipien ausgleichender Gerechtigkeit nicht enthalte, und weil er nicht wisse, ob die Staatskasse den Ausfall ertragen könne.

In Bezug auf das erstere fügt der Redner hinzu, daß eine Erleichterung der Klassensteuerpflichtigen eine Prägravation der Wahl- und Schlachtsteuerpflichtigen enthalten würde. Er würde nur dann für diesen Antrag stimmen können, wenn die gestrigen zur Erleichterung der ärmeren Klassen gestellten Amendements angenommen wären.

Der Regierungs-Kommissarius geh. Finanzrath Ritter weist aus den statistischen Notizen in den Regierungsmotiven nach, daß durch das Amendement v. Eynern ein Ausfall von gegen 300,000 Thlr. herbeigeführt werden würde.

Der Vicepräsident Lensing übernimmt das Präsidium.

Abg. v. Selchow spricht für das Amendement v. Eynern und begründet das eigene Amendement, welches dahin geht, zwischen den Nummern 1 und 2 eine Zwischenstufe von 2 1/2 Sgr. für den Einzelsteuernden einzuschalten.

Abg. v. Bodelschwingh (Hagen) (für das v. Eynernsche Amendement) glaubt, der Ausfall werde kaum etwas über 150,000 Rthlr. betragen, und findet in jenem Amendement keine Verletzung der ausgleichenden Gerechtigkeit, weil die anwendenden Abgeordneten der schlacht- und mahlsteuerpflichtigen Städte durch ihr gestriges Votum zu erkennen gegeben hätten, daß sie durch dieses Gesetz eine Erleichterung der ärmeren Klassen ihrer Städte herbeigeführt sehen. Der Redner empfiehlt schließlich die Annahme des Amendements, auch wenn man annähme, daß der Ausfall 300,000 Thlr. betrage. Wenn es der Kammer und der Regierung Ernst sei, so könne man diesen Ausfall durch strengere Heranziehung der Reichen leicht decken. (Bravo!)

Der Berichterstatter hat zum Schluß das Wort.

Ueber das Amendement v. Eynern ist namentliche Abstimmung beantragt; dieselbe findet nicht die ausreichende Unterstützung. Bei der nun folgenden Abstimmung wird das Amendement des Abgeordneten v. Eynern und das des Abgeordneten v. Selchow mit großer Mehrheit angenommen, im Uebrigen die Fassung der Kommission adoptirt.

Die von dem Präsidenten Graf Schwerin in Vorschlag gebrachte Vertagung der Sitzung wird abgelehnt.

Man geht zu § 10 über. Derselbe lautet in der Fassung der Kommission:

§ 10. a) Die Einschätzung in die § 9 bezeichneten Stufen nach den im § 7 vorgezeichneten allgemeinen Merkmalen geschieht von den Gemeindevorständen unter Aufsicht der Landräthe, denen auch eine Vorweisung zusteht. Die Feststellung der Steuerbefreiung erfolgt durch die Bezirksregierung; b) von den Gemeindevorständen werden unter der Leitung der Landräthe auch die Jahresrollen und die Ab- und Zugangslisten aufgestellt; c) die Erhebung geschieht durch die geordneten Steuer-Empfänger; d) die Formen der Geschäftsführung werden nach Verschiedenheit der örtlichen Verhältnisse durch besondere Instruktionen vorgezeichnet. Die vorchriftsmäßige Veranlagung und Einziehung der Steuern haben die Bezirksregierungen zu leiten und zu überwachen.

Es fand Amendements seitens der Abgeordneten v. Eynern, Schulenburg und Baur (Aachen) eingelaufen.

Das Amendement des Abg. v. Eynern geht dahin: 1) in dem ersten Satz des § 10a. das Wort „aufsteht“ in „obliegt“ umzuändern. 2) zwischen den ersten und zweiten Satz des § 10a. einzuschalten: In denjenigen Gemeinden, wo einwählige, statt des kollektiven Gemeindevorstandes ein Bürgermeister mit Beigeordneten gewählt ist, erfolgt die Veranlagung der Steuer seitens einer Kommission, die aus dem Bürgermeister als Vorsitzenden, aus dreien von dem Gemeinderath zu wählenden Mitgliedern derselben und vier vom Landrath zu bestimmenden Klassensteuerpflichtigen Einwohnern der Bürgermeisterei besteht.

Das Amendement des Abg. Schulenburg schlägt vor, statt der Litt. a. zu setzen: Die Einschätzung in die § 9 bezeichneten Stufen nach den im § 7 vorgezeichneten allgemeinen Merkmalen geschieht von einer Kommission, welche aus dem Gemeindevorstande und Mitgliedern, die von der Gemeindevorstellung gewählt sind, besteht, unter Aufsicht der Landräthe, denen auch die Vorweisung zusteht. Die Feststellung der Steuerbeträge erfolgt durch die Bezirksregierung.

Das Amendement des Abg. Baur (Aachen) geht dahin: Am Schluß des Alinea a. des § 10 folgenden Zusatz zu machen: In Gemeinden, welche nach § 153 der Gemeinde-Ordnung anstatt des kollektiven Gemeindevorstandes nur einen Bürgermeister gewählt haben, geschieht die Einschätzung unter dem Vorsteh des Bürgermeisters von einer Kommission, deren Mitglieder von dem Gemeinderath aus den Klassensteuerpflichtigen Einwohnern der Gemeinde gewählt werden.

Zunächst erhält der Abgeordn. v. Eynern zur Begründung seines Amendements das Wort. Derselbe sieht durch dasselbe die gründliche und unparteiische Veranlagung besser gewahrt, erklärt sich jedoch eventuell auch mit dem Amendement Schulenburg einverstanden.

Abg. Baur (Aachen) verteidigt sein Amendement, erklärt sich jedoch ebenfalls eventuell mit dem Amendement Schulenburg einverstanden; der eigne Antrag habe vor dem des Abgeordneten v. Eynern den Vorzug, daß er sich den Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes mehr anschließe.

Schließlich verteidigt noch der Abgeordnete Schulenburg sein Amendement. Der Antrag auf Schluß wird angenommen. Der Regierungs-Kommissarius geh. Finanzrath Ritter bemerkt, daß die Regierung in diesem Paragraphen das bisherige Verfahren beibehalten habe. Wenn sich in Westfalen eine anderweitige Praxis gebildet habe, so könne dieselbe neben diesem Gesetz gleichwohl fortbestehen. Die Regierung könne sich am ehesten dem Amendement Schulenburg anschließen, doch werde auch dieses in der Ausführung praktische Schwierigkeiten finden, weil sich nicht immer die zu einer solchen Kommission hinreichende Anzahl geeigneter Männer finden werde.

Nachdem der Berichterstatter zum Schluß das Wort ergriffen und den Schulenburgschen Antrag empfohlen, wird zur Abstimmung geschritten.

von Eynern zieht den zweiten Theil seines Antrags zurück. Der erste Theil des v. Eynernschen Antrages, das Wort „aufsteht“ in „obliegt“ umzuändern, wird angenommen.

Der Schulenburgsche Antrag wird ebenfalls genehmigt, wodurch der Baurische Antrag von selbst fällt.

Litt. b bis d des § 10 werden in der Fassung der Kommission angenommen.

Schluß der Sitzung 3 1/4 Uhr.

Nächste Sitzung: Morgen, 10 Uhr Vormittags.

Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Debatte.

24te Sitzung der zweiten Kammer, vom 14. Februar.

Präsident: Graf Schwerin.

Eröffnung: 10 Uhr 20 Minuten.

Am Ministertische: Regierungs-Kommissarius geh. Finanzrath Ritter; später: v. Rabe und v. d. Heydt.

Das Protokoll der gestrigen Sitzung wird durch den Schriftführer Abg. Gessler verlesen und von der Kammer genehmigt.

Der Präsident theilt mit, daß ein neues Mitglied in die Kammer eingetreten ist. Die Kommission zur Prüfung des Gesetzes über den Belagerungszustand hat sich constituirt und zum Vorsitzenden den Abg. Grafen von Stolberg erwählt.

Der Abg. Geppert zeigt in einem Schreiben an, daß er die auf ihn gefallene Wahl zum Vice-Präsidenten mit Dank annehme. Zugleich legt derselbe, in Folge der gestern zur Sprache gebrachten Angelegenheit sein Mandat als Mitglied der Kommission zur Prüfung des Disziplinalgesetzes nieder und betrachtet die Kammer nach kurzer Debatte die Sache als erledigt.

Die Abg. Schaffranck und Christiani zeigen der Kammer an, daß sie ihr Mandat niederlegen.

Hierauf wird zur Tagesordnung, zur Veranlagung des Gesetzes Entwurfes über die Einkommensteuer, übergegangen; es werden mehrere neu eingegangene Amendements verlesen und ausreichend unterstützt.

Es erfolgt die nochmalige Abstimmung über das Amendement des Abg. v. Schlottheim:

Zu § 9. Die Kammer wolle beschließen: Zwischen der 1. und 2. Stufe noch eine Stufe à 2 1/2 Sgr. für Einzelsteuernde einzuschalten. Dasselbe wird wiederholt angenommen.

Es wird zur Diskussion über den § 11 übergegangen. Die Kommission hat einen neuen § 11 vorgeschlagen:

Neuer §. (11.) Diejenigen, welche wegen Erreichung des steuerpflichtigen Alters, wegen Verlegung ihres Wohnsitzes aus einer mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Stadt oder aus dem Auslande in einen Klassensteuerpflichtigen Ort oder aus anderen Gründen steuerpflichtig werden, haben die Klassensteuer von dem nächsten auf den Eintritt der Steuerpflicht folgenden Monate ab zu entrichten. Der Gemeindevorstand hat in diesen Fällen vorläufig den Satz zu bestimmen, nach welchem die Klassensteuer entrichtet werden muß und welcher demnach von der Bezirksregierung definitiv festgesetzt wird.

Gegen die wegen Vollendung des sechzigsten Lebensjahres, wegen Verlegung ihres Wohnsitzes in eine mahl- und schlachtsteuerpflichtige Stadt oder in das Auslande oder aus anderen Gründen gesetzlich von der Klassensteuer zu befreienden Personen von dem Monate ab von der Steuer frei zu lassen, welcher auf den Eintritt des Steuerbefreiung veranlassenden Grundes zunächst folgt.

Bei Umzügen aus einem Klassensteuerpflichtigen Orte in einen anderen ist die Klassensteuer für den Monat, in welchem der Umzug erfolgt, noch an dem bisherigen Wohnorte des Verziehenden zu entrichten.

Abg. v. Schlottheim befürwortet zwei von ihm zu diesem Paragraphen gestellte Amendements:

1) Im neuen § 11 im ersten Satz die Worte: wegen Erreichung des steuerpflichtigen Alters zu streichen; und ferner:

2) im neuen § 11 zweiten Satz zwischen den Worten: „veranlagung“ und „Grundes“ die Worte: „und nachgewiesenen“ hinzuzufügen.

Der Antragsteller beantragt die von ihm gestellten Amendements anzunehmen, würde es aber lieber sehen, wenn der ganze neue § 11 verworfen würde.

Berichterstatter Abg. Camphausen beantragt beide Amendements des Abgeordneten v. Schlottheim zu verwerfen und den Antrag der Kommission anzunehmen.

Bei der Abstimmung wird das erste Amendement des Abgeordneten v. Schlottheim angenommen, das zweite jedoch verworfen. Demnach wird der neue Paragraph mit der angenommenen Modification genehmigt.

Den § 11 des Regierungsentwurfs beantragt die Kommission also zu fassen:

oder auf sonstige desfallsige Anfrage der Steuerbehörde im Laufe der Jahres unterlassene Angabe einer steuerpflichtigen Person soll, außer der Nachzahlung der rückständigen Steuer, mit einer Geldbuße bis zum vierfachen Jahresbetrage derselben belegt werden. a) die Unternehmung gegen diejenigen, welche sich einer Uebertretung dieser Bestimmungen schuldig machen, gebührt dem Gericht.

Der Abgeordn. v. Werdeck hat hierzu folgendes Amendement gestellt:

Die Kammer wolle beschließen: § 11 Litt. d. hinter „dem Gericht“: insofern der Steuerpflichtige nicht binnen einer von der Behörde zu bestimmenden Frist die Zahlung der verfallenen Steuer, des von derselben festgesetzten Jahresbetrages, so wie der durch das Verfahren gegen ihn entstandenen Kosten, freiwillig leistet, hinzuzufügen.

Abg. v. Werdeck befürwortet das Amendement und der Regierungs-Kommissarius, wie auch der Berichterstatter, erklären sich damit einverstanden. Die Kammer genehmigt das Amendement und den Antrag der Kommission. § 12 lautet:

§ 12. a) Die Bekanntmachung der Steuer-Rollen erfolgt das erste Mal in einer angemessenen Frist nach Verkündung dieses Gesetzes, weiterhin mit dem Anfange jedes Jahres; b) sobald die Bekanntmachung geschehen ist, muß der Steuerpflichtige in den ersten acht Tagen jedes Monats seinen Beitrag voraus entrichten. Es hängt von ihm ab, denselben auch für einen längeren Zeitraum bis zum nächsten Jahresbetrage zu bezahlen; c) die Summen werden von dem Steuer-Empfänger angefordert, die Zahlung binnen 3 Tagen zu leisten, nach deren fruchtlosem Ablauf mit der rechtlichen Betreibung verfahren wird; d) spätestens 5 Tage vor dem Ablauf jeden Monats muß die eingebundene Steuer nebst der Nachweisung der etwa unermittelten Ausfälle und der Reste an die zum weiteren Empfang bestimmte Kasse abgeliefert sein. Die Feststellung bestimmter Zahlungsgrade für die verschiedenen Steuer-Empfänger innerhalb dieser Frist ist hierdurch nicht ausgeschlossen; e) der Steuer-Empfänger ist für diejenige Steuern selbst verantwortlich, bei denen er den wirtlichen Ausfall oder die fruchtlos vergebliche Exekution nicht sofort nachweisen kann, und muß solche vorläufige zur Kasse entrichten.

wird ohne Debatte angenommen.

Die §§ 13 und 14 werden ohne Debatte in folgender Fassung angenommen:

§ 13. a) Reklamationen gegen die Klassensteueranlagung müssen binnen einer Präklusivfrist von 3 Monaten nach der im § 12 zu a. vorgeschriebenen Bekanntmachung der Steuerrolle oder, bei Veranlagungen im Laufe des Jahres, nach erfolgter Bescheidigung des Steuerpflichtigen von dem Steuerbetrage bei dem Kreis-Landrath eingegeben werden. b) Die Zahlung der veranlagten Steuer darf durch die Reklamation nicht aufgehalten werden; muß vielmehr mit Vorbehalt der späteren Erstattung des etwa zu viel Bezahlten zu den bestimmten Terminen (§ 12 zu b) erfolgen. c) Ueber die angebrachten Reklamationen entscheidet, nach darüber eingeholten Gutachten einer von der Kreisregierung zu wählenden Kommission, die Regierung. Diese Entscheidung muß, wenn dem Gutachten der Kreisregierung nicht beigetreten wird, durch Plenarbeschluß erfolgen. d) Gegen die Entscheidung der Regierung steht dem Reklamanten der in einer Präklusivfrist von 6 Wochen nach dem Empfang der ersten bei dem Kreis-Landrath eingegebene Reklamation an das Finanzministerium offen. e) Die Bestimmungen des Gesetzes über die Verjährungsfrist für öffentliche Abgaben vom 18. Juni 1840 finden, soweit nicht das gegenwärtige Gesetz etwas anderes bestimmt, auch auf die neue Klassensteuer Anwendung.

§ 14. Hinsichtlich der örtlichen Erhebung der Steuer verbleibt es bei den bestehenden Bestimmungen. Die für die Erhebung zu bewilligten Gehälter, aus welchen auch die Nebenkosten der Veranlagung für Papier, Druckformulare u. a. m. zu bestreiten, dürfen den Betrag von 4 pCt. der eingegebenen Steuer nicht übersteigen.

Der zweite Abschnitt des Gesetzentwurfs handelt von den Vorschriften für die Veranlagung und Erhebung der klassifizirten Einkommensteuer.

Der § 15, zu welchem die Kommission eine Abänderung vorgeschlagen hat, wird nach dem Regierungsentwurf angenommen, der Kommissionsantrag dagegen verworfen.

§ 15 der Regierungsvorlage lautet:

§ 15. Der klassifizierte Einkommensteuer sind mit Ausnahme der Mitglieder des königlichen Hauses und der beiden höhernollenen Fürstenthümer alle Einwohner des Staats, so wie die im Auslande sich aufhaltenden Staats-Angehörigen unterworfen, welche selbständig, beziehungsweise unter Hinzurechnung des etwaigen besondern Einkommens der zu ihrem Haushalte gehörigen Familienmitglieder, ein jährliches Einkommen von mehr als 1000 Rthl. beziehen.

Die §§ 16 und 17 werden nach dem Kommissionsvorschlage ohne Diskussion in folgender Fassung angenommen:

§ 16. Wegen des Einkommens aus ihrem, im Auslande belegenen Grundeigenthum sind preussische Staats-Angehörige von der klassifizirten Einkommensteuer freizulassen, wenn sie den Nachweis führen, daß sie wegen jenes Grundeigenthums im Auslande einer gleichartigen Besteuerung unterliegen.

§ 17. Auch Ausländer, welche im Auslande Grund-Eigenthum besitzen, sind, sofern die Gesamtheit derselben ein Einkommen von mehr als 1000 Rthl. gewährt, in Ansehung des letzteren zur Entrichtung der klassifizirten Einkommensteuer verpflichtet. Dasselbe gilt von Ausländern, welche im Auslande gewerblich oder handels-Anlagen besitzen oder Theilhaber an solchen sind. Andere Ausländer sind dieser Steuer nur dann unterworfen, wenn sie sich des Erwerbes wegen oder länger als ein Jahr im preussischen Staate aufhalten.

Zu § 18 hat die Kommission eine Abänderung vorgeschlagen. Der Abg. v. Selchow hat zu diesem Paragraphen folgendes Amendement gestellt:

Die Kammer wolle beschließen: Den § 18 also zu fassen: Der Veranlagung der klassifizirten Einkommensteuer wird das Einkommen aus Kapitalen, welches dem Steuerpflichtigen aus Grundeigenthum oder aus Vermögen, oder aus Rechten auf periodische Gebühre oder irgend theile irgend welcher Art, aus dem Ertrage eines Gewerbes oder irgend einer Art gewinnbringenden Beschäftigung zufließt, zum Grunde gelegt. Nach Maßgabe dieses Einkommens und unter entsprechender Berücksichtigung seiner sonstigen Verhältnisse wird jeder Steuerpflichtige zu einer der im § 19 bezeichneten Steuerstufen herabgesetzt eingestuft, daß der Jahresbeitrag seiner Steuer 3 Prozent seines Einkommens nicht übersteigt.

Während der Begründung dieses Amendements durch den Abgeordneten v. Selchow übernimmt der Vice-Präsident Lensing den Vorsitz.

Ein zu demselben Paragraphen eingebrachtes Amendement des Abg. Siezskowsky und Genossen wird verlesen und ausreichend unterstützt.

Abg. v. Patow. Man müsse sich klar machen, was für eine Steuer erhoben werden solle. Sollte es eine persönliche sein, wie die Klassensteuer ist, so müsse man auch alle persönlichen Rücksichten beachten. Prinzipien zu verlassen, sei ein gefährliches Ding, am gefährlichsten sei es in Finanzfragen. Er bestreite, daß bei dem vorliegenden Entwurfe der Willkür die Thür geöffnet sei. Wenn auch noch Mängel vorhanden seien, so sei doch dem Prinzip der Willkür entgegengetreten worden. Der Redner erläutert hierauf seine Ansicht durch einige Beispiele.

Abg. v. Fock. Seine vollständige Uebersetzung sei ebenfalls, daß es gefährlich sei, von dem Prinzip abzuweichen. Wenn in einem Lande, wie bei uns, eine Grundsteuer von 5 pCt. bestehe, so glaube er, daß bereits eine Ungerechtigkeit begangen wir



wenn bei der Einführung einer Einkommens- u. c. Steuer auf diese bestehende Steuer keine Rücksicht genommen werde. Wenn eine solche neue Steuer eingeführt werde, so verlange er, bestimmte Grundbesitz zu erhalten. Wenn darüber gestritten werde, ob über die drei ersten Klassen hinaus eine Klassen- oder Einkommensteuer eingeführt werden solle, so werde dies durch das Amendement Selchow geregelt.

Abg. Winkler. Wenn die Behörden wacker seien, so werden durch das Amendement Selchow, welches ihm aus der Seele gesprochen sei, alle angestrebten Uebelsände gehoben. Man müsse das Prinzip vorwalten lassen, Schonung der Armen und recht-mäßige Besteuerung der Reichen.

Ein Antrag auf Schluß wird verworfen und die Abgeordneten Magerath das Wort erteilt. Derselbe spricht für ein von ihm zu §§ 18 und 19 gestelltes Amendement. Das Amendement unterscheidet sich von der Regierungsvorlage dadurch, daß die Regierung nach oben hin eine bestimmte Steuerstufe von 3 pC. festsetze. Er habe gehört, daß im vorigen Jahre in Schlesien ein Mann gestorben sei, der ein Vermögen von 8—9 Millionen Thaler hinterlassen habe, dessen Einkommen also mit der höchsten, von der Regierung vorgeschlagenen Quote dennoch nicht genügend besteuert worden wäre.

Der Redner erläutert seine Ansicht durch Beispiele. Sein Amendement beabsichtige, die Abschlagskommissionen in den Stand zu setzen, der Wahrheit möglichst gerecht zu werden. Das Mißvergnügen, in welches der Einzelne werde versetzt werden, würde durch die Gerechtigkeit ausgeglichen werden. Der zweite Grund seines Amendements sei, daß dasselbe die Steuerkraft des Landes stärker heranziehe, als die Regierungsvorlage. Schon im Jahre 1845 und 46 wäre die Regierung nicht mehr in der Lage gewesen, bedeutende Ueberschüsse zu halten, im Jahre 1848 sei schon ein bedeutendes Defizit vorhanden gewesen, welches sich im Jahre 1849 nicht vermindert habe.

Präsident Graf Schwerin übernimmt wieder den Vortritt. Regierungskommissarius v. Finanzrat Witter: Was das Amendement des Abg. v. Selchow betreffe, so sei schon erwähnt worden, daß die Regierung in dem neuen Entwurfe den ausgesprochenen Wünschen so weit nachgegeben habe, als es mit dem Wohle des Staates vereinbar sei. Es sei deshalb die Strengung einer Einkommensteuer nachgegeben worden, ebenso wie das Einbringen bei der Abschlagung in die Privatverhältnisse. Zu einer weiteren Abschlagung der Veranlagung würde die Regierung ihre Hand nicht bieten. Die Verschärfung der Auffassung würde sehr bald zu den größten Ungerechtigkeiten führen. Die Vortheile, welche das Amendement beabsichtige, erscheinen sehr gering. Um dem Eingange des Gesetzes nicht neue Schwierigkeiten zu bereiten, müsse er sich entschieden gegen beide Amendements erklären. Es müsse der Erfahrung überlassen werden, nach welcher Richtung hin Verbesserungen vorgenommen werden können.

Verichterstatter Abg. Camphausen hat nach dem erschöpfenden Vortrage des Herrn Regierungskommissarius nichts hinzuzufügen und beantragt die Verwerfung des Amendements.

Bei der hierauf vorgenommenen Abstimmung wird das Amendement des Abg. Selchow verworfen; ebenso die Amendements der Abgg. Grafen Cieszkowski und Magerath. Dagegen wird die von der Kommission vorgeschlagene Fassung angenommen:

§ 18. Die Veranlagung der flüssigsten Einkommensteuer erfolgt lediglich nach Maßgabe des Gesamt-Einkommens, welches dem Steuerpflichtigen aus Grundeigenthum, aus Kapitalvermögen oder aus Rechten auf periodische Gebühre oder auf Vortheile irgend welcher Art, aus dem Ertrage eines Gewerbes oder irgend einer Art gewinnbringenden Beschäftigung zufließt. Nach diesem Einkommen wird jeder Steuerpflichtige zu einer der im § 19 bezeichneten Steuerstufen derge-  
stalt eingestuft, daß der Jahresbetrag seiner Steuer drei Prozent seines Einkommens nicht übersteigt.

Die §§ 19 und 20 werden nach dem Regierungsvorschlage, dessen unveränderte Annahme die Kommission beantragt, ohne Debatte angenommen. Sie lauten:

§ 19. Die Steuer beträgt monatlich: in der 1. Steuerstufe 2 Rthl. 15 Sgr., in der 2. 3 Rthl., in der 3. 3 Rthl. 15 Sgr., in der 4. 4 Rthl., in der 5. 5 Rthl., in der 6. 6 Rthl., in der 7. 7 Rthl., in der 8. 8 Rthl., in der 9. 9 Rthl., in der 10. 10 Rthl., in der 11. 12 Rthl., in der 12. 15 Rthl., in der 13. 18 Rthl., in der 14. 24 Rthl., in der 15. 30 Rthl., in der 16. 40 Rthl., in der 17. 50 Rthl., in der 18. 60 Rthl., in der 19. 80 Rthl., in der 20. 100 Rthl., in der 21. 130 Rthl., in der 22. 160 Rthl., in der 23. 200 Rthl., in der 24. 250 Rthl., in der 25. 300 Rthl., in der 26. 350 Rthl., in der 27. 400 Rthl., in der 28. 450 Rthl., in der 29. 500 Rthl., in der 30. 600 Rthl.

§ 20. Bezug der Einkünfte zur flüssigsten Einkommensteuer wird ausschließlich für jeden landrätlichen Kreis, so wie für jede zu einem Kreisverbande nicht gehörige Stadt unter dem Vorhitz des Kreislandraths oder eines beiderseitigen, von der Kreisregierung zu ernennenden Kommissars eine Kommission gebildet, deren Mitglieder von der Kreis- beziehungsweise Gemeindevertretung zu einem Drittel aus Mitgliedern derselben, zu zwei Dritteln aber aus den einkommensteuerpflichtigen Einwohnern des Kreises oder der Stadt gewählt werden. Bei der Wahl der letzteren ist darauf zu sehen, daß die verschiede-  
nen in dem Kreise oder in der Stadt vorhandenen Arten des Einkommens (aus Grundeigenthum, Kapitalvermögen und Gewerbebetrieb) möglichst gleichmäßig vertreten werden.

Die Wahl darf nur aus Gründen, welche zur Ablehnung einer Vermuthung berechtigen, oder in dem Falle abgelehnt werden, wenn der Gewählte bereits drei Jahre hintereinander Mitglied der Einkünfte-Kommission gewesen ist.

Die Zahl der Mitglieder dieser Kommission wird für die einzelnen Kreise und Städte mit Rücksicht auf deren Größe und auf die Einkommens-Verhältnisse ihrer Einwohner von der Kreis-Regierung bestimmt.

Der letztere steht auch die Befugnis zu, innerhalb desselben landrätlichen Kreises für einzelne größere städtische oder ländliche Gemeinden die Bildung besonderer Einkünfte-Kommissionen, nach den in vorstehenden gegebenen Bestimmungen anzuordnen. In großen Städten können mehrere Unter-Kommissionen gebildet werden.

§ 21. Der Vorsitzende der Einkünfte-Kommission, welcher zugleich die Interessen des Staates zu vertreten hat, leitet innerhalb des Kreises oder des kleineren Bezirks, für welchen die Kommission errichtet ist, das Veranlagungs-Geschäft und ist besonders dafür verantwortlich, daß das letztere überall nach den in dem gegenwärtigen Gesetze aufgestellten Grundsätzen zur Ausführung gelange.

Er hat vor Allem die Ausnahme einer vollständigen Nachweisung aller derjenigen Einwohner und der im Auslande sich aufhaltenden Grundbesitzer seines Einkünftebezirks zu bewirken, welche auf Grund der Klassensteuerlisten und sonst vorhandenen Nachrichten für einkommensteuerpflichtig zu erachten sind. Zugleich hat der Vorsitzende über die Besitz-, Vermögens-, Erwerbs- und sonstigen Einkommensverhältnisse der Steuerpflichtigen, so weit dies ohne tiefere Eindringen in die Erhöhen geschehen kann, möglichst vollständige Nachrichten einzuziehen; überhaupt alle Merkmale, welche ein Urtheil über das in Ansatz zu bringende Einkommen näher zu begründen vermögen, zu sammeln. Bei der Aufnahme der Nachweisungen der Steuerpflichtigen sowohl, als zur Beschaffung der erforderlichen Nachrichten über deren Vermögens- und Einkommensverhältnisse hat sich der Vorsitzende der Einkünfte-Kommission nach seinem Ermessen der Mitwirkung der Gemeindevorstände, welche allen seinen Aufforderungen Folge zu leisten schuldig sind, zu bedienen. Die Ergebnisse der von ihm eingezogenen Nachrichten überträgt er in die Einkommens-Verzeichnisse seines Bezirks und bezeichnet dann in der dazu bestimmten Spalte die Nachweisung gutachtlich für jeden Steuerpflichtigen diejenige Steuerstufe, in welche derselbe nach dem ihm beizumessenden Gesamt-Einkommen einzustufen sein dürfte. Der Vorsitzende hat außerdem noch die Befugnisse der Einkünfte-Kommission, deren Zusammenberufung von ihm aus-  
geführt, erforderlichen Vorbereitungen zu treffen und die Beschlüsse der letzteren, so weit er selbst nicht dagegen die Berufung an die Bezirks-Kommission (§ 22) einzulegen sich veranlaßt findet, zur Ausführung zu bringen.

Die Kommission hat hierzu keine Abänderung vorgeschlagen. Der Abgeordnete Reichsteig motivirt ein von ihm zu §§ 21 und 22 gestelltes Amendement und verliest dasselbe.

Der Herr Minister-Präsident v. Manteuffel erscheint. Das Amendement wird nicht unterstügt.

Abg. Maclean. Er wolle die Kammer nicht mit einer weitläufigen Auseinandersetzung belästigen, sondern nur kurz eine von ihm beantragte Abänderung beschreiben, deren Annahme er beantragt.

Dieser Abänderungsvorschlag wird ausdrücklich unterstügt.

Der Verichterstatter Abg. Camphausen beantragt mit wenigen Worten die Verwerfung des Antrags des Abg. Maclean. Derselbe wird jedoch von der Kammer angenommen, und da der Antrag erst gedruckt wird, in der nächsten Sitzung noch einmal zur Abstimmung gebracht werden. Demnach wird der Regierungsentwurf mit dieser Abänderung, welche ausspricht, daß hierbei die in den §§ 27 und 29 bestimmten Abschlagsgrundsätze zur Anwendung zu bringen seien, angenommen.

Zu § 22 hat der Abg. Graf v. Arnim folgendes Amendement gestellt: in dem 3. Absätze anstatt der Worte: „binnen 3 Wochen, binnen 3 Monaten zu setzen.“ Nach kurzer Debatte, in welcher der Abg. v. Bismark-Schönhausen und der Regierungskommissarius sich für die Annahme des Amendements erklären, wird der § 22 mit dem Antrage des Abg. v. Arnim angenommen. Der Regierungsentwurf lautet:

§ 22. Die Einkünfte-Kommission unterwirft die von ihrem Vorsitzenden aufgestellte Einkommens-Nachweisung unter Benutzung aller ihr zu Gebote stehenden Hilfsmittel einer genauen Prüfung. Dabei ist zwar ebenfalls (§ 21) jedes lästige Eindringen in die Vermögens- und Einkommens-Verhältnisse der einzelnen Steuerpflichtigen zu vermeiden; jedoch hat die Kommission das Recht, wenn sie zur Erlangung einer näheren Kenntnis von den Einkommens-Verhältnissen eines Steuerpflichtigen es für nöthig erachtet, von den Verhandlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit und den Hypothekenbüchern Einsicht zu nehmen.

Nachdem die Prüfung vollzogen ist, hat die Kommission nach den festgestellten Ermittlungen oder anderweit bekannten Verhältnissen des einzelnen Steuerpflichtigen, die Steuerstufe festzustellen, in welche derselbe zu veranlagung ist. Jedem Steuerpflichtigen ist die erfolgte Feststellung der Steuerstufe, in welche er eingestuft worden ist, mit dem Betrage der von ihm zu entrichtenden Steuer unter dem Großbuche bekannt zu machen, das ihm dagegen die bei dem Vorsitzenden der Einkünfte-Kommission einzureichende Reklamation an die Bezirks-Kommission (§ 23) binnen 3 Monaten präskribirter Zeit offen steht. Die Beschlüsse der Kommission werden nach einladender Stimmenmehrheit gefaßt. Dem Vorsitzenden steht ein Stimmrecht nur im Falle einer Einstimmigkeit der übrigen Kommissionsmitglieder zu, und giebt dieselbe seine Stimme dem Ausschlag. Gegen die Beschlüsse der Einkünfte-Kommission ist der Vorsitzende berechtigt, die Berufung an die Bezirks-Kommission einzulegen, bis zu deren Entscheidung die Ausführung der ersten tritt. Die Ausführungen und Entscheidungen der Kommission sind von dem Vorsitzenden und mindestens zwei Mitgliedern zu vollziehen.

Die Staatsminister v. Westphalen und v. Kaumer erscheinen.

Es werden hierauf die §§ 23 bis 31 in der Fassung der Kommission ohne Debatte angenommen, eben so die von der Kommission vorgeschlagenen §§ 32—37. (Wir theilen dieselben morgen mit.)

Der Abg. Schubart hat einen Zusatz zu dem Gesetze beantragt, wonach die Wirksamkeit des Gesetzes auf die Dauer bis zum 31. Decbr. 1852 beschränkt werden soll, und begründet diesen Antrag. Es müsse, wenn man eine solche Vergrößerung des Budgets beabsichtige, zunächst eine Menge von Erfahrungen gesammelt werden, ehe man in ein definitives Uebersiehe. Die Sparfameit sei immer der Vorzug der preussischen Finanzverwaltung gewesen; in der letzten Zeit sei eine große Summe von Staatsschulden kontrahirt, man müsse das System der Sparfameit bewahren, wenn man auch nicht mit der Bewilligung nothwendiger Subventionen zurückhalten dürfe.

Abg. v. Bismark-Schönhausen: Er habe nie geglaubt, daß zur Feststellung des gegenwärtigen Gesetzes die vollendete Budget-Beratung abgewartet werden müsse. Der Vordränger habe versucht, dies zu beweisen, habe aber zugleich die Beweise durch seine eigenen Ausführungen wieder entkräftet. Es liege in dem Konstitutionalismus das Bedürfnis eines progressiven Budgets, wofür die Freiheit erlaubt werde.

Durch die widerrechtliche Bewilligung dieser Steuer werde der Neigung zur Steuerverweigerung, um dadurch die Durchführung des Willens der Kammer zu erzwingen, Spielraum gegeben. Er betrachte es für ein Unglück, wenn in einer künftigen Kammer eine Partei dominiren würde, deren Devise sei: Nieder mit diesem Ministerium — eben so, wenn eine Kammermajorität die auswärtige Politik in die Hand nähme. Dies sei allenfalls möglich in einem englischen Parlamente, wo sich zwei bestimmt abgegrenzte Parteien befänden, nicht aber in der unsrigen, wo die Majorität von einem zufälligen Zusammenstimmten verschiedener Fraktionen abhängt, von denen keine mit dem Ministerium in enger Verbindung stehe. (Hört! Hört!) Die gegenwärtige Kammer sei keine Volksvertretung, sie sei nur eine Vertretung der Steuerkraft.

Der Präsident macht den Redner darauf aufmerksam, daß im Art. 83 der Verfassung bestimmt sei, daß beide Kammern die Vertretung des Volks ausmachen.

Abg. v. Bismark ist für diese Mittheilung sehr dankbar, glaubt aber, daß dieser offizielle Titel dem Urtheile über das Wesen keinen Abbruch thun könne.

Die Bureaucratie habe eben so wenig seine Sympathien, sie sei eine intellektuelle Schwärmerin der Revolution.

Der Redner spricht sich schließlich dahin aus, daß er nur dann für das Gesetz stimmen könne, wenn es keine Zeitbestimmung enthalte. Die Zeit der Mißtrauensvoten sei zu Ende. Das gegenwärtige Ministerium sei schon bei seinem Antritt von der Nationalversammlung mit einem Mißtrauensvotum beglückwünscht worden. Es habe dasselbe aber nicht beachtet, sondern während der zwei Jahre dennoch zum Wohle des Landes der Regierung vorgestanden und das Land sei ihm sehr dankbar dafür. (Bravo und Zischen.)

Abg. Ullrich widerspricht dem vorigen Redner darin, daß in England nur zwei Parteien im Parlamente existiren, ferner darin, daß die Einnahme des Staates Anstöße erlitten habe; er nimmt die Verfassung gegen freivolle Spötereien, welche aller Moral und aller Ehrerbietung vor dem Gesetze widersprechen, in Schutz. (Bravo!) In der Sache erklärt sich der Redner für die beschränkte Zeitdauer der Bewilligung.

Abg. Falk: Dies Gesetz sei ein entschiedener Fortschritt in der Steuererhebung Preussens, den er für alle Zeit festgehalten wissen wolle. Er sei daher dafür, das Gesetz pure anzunehmen.

Abg. v. Patow (für das Amendement Schubert): Das in Rede stehende Amendement stehe mit dem Art. 109 in keinem Zusammenhang. Wollte die eine Kammer der Regierung finanzielle Verlegenheiten bereiten, so könne sie es auch mit ihren gegenwärtigen verfassungsgemäßen Rechten. Die zeitweise Bewilligung enthalte keine Inkonzonienzen. Man sage, man könne der Regierung das Vertrauen gewähren, daß sie, wenn das Bedürfnis wegfallen, selbst auf die Steuer verzichten würde. Wollte man in Finanzsachen der Regierung überall Vertrauen geben, so möge die Kammer der Regierung ihr ganzes Mandat in die Hände legen. (Bravo!)

Es ist ein Antrag auf Schluß der Diskussion eingelaufen. Eingeleitet hat ihn der Abg. v. Reichsteig. Der Reichsteig, gegen denselben Reichsteig, Harfort. Der Schluß wird verworfen, dagegen die Vertagung der Diskussion angenommen.

Schluß der Sitzung 2 1/2 Uhr.  
Nächste Sitzung: Morgen 12 Uhr Mittags.  
Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Diskussion, Interpellation des Abg. Hirsch an den Handelsminister.

Berlin, 14. Febr. Ihre königl. Hoheit die Frau Prinzessin Karl und Höchster Sohn, der Prinz Friedrich Karl königliche Hoheit, sind von hier nach Weimar abgereist.

Se. königl. Hoheit der Prinz Albert von Sachsen ist nach Dresden abgereist.

Der bisherige Gerichts-Assessor Otto von Preitwig ist zum Rechts-Anwalt beim Kreisgerichte zu Bries und zugleich zum No-

tar im Departement des Appellationsgerichts zu Breslau ernannt worden.

Angelommen: Se. Excellenz der großherzoglich mecklenburg-strelitzsche Staats-Minister, v. Bernstorff, von Neu-Strelitz; Se. Durchlaucht der General-Leutnant und Kommandeur der 6ten Division, Fürst Wilhelm von Radziwill, von Brandeburg.

Berlin, 14. Febr. [Widersprüche in den offiziellen öftern und preuß. Blättern mit Bezug auf Frankreich. — Die Schleswig-holsteinschen Gefangenen kehren zurück. — Die Zolllinie zwischen Schleswig und Dänemark wird fallen. — Die Befestigung des Kronenwerks von Rendsburg. — Audienz des französischen Gesandten. — Die Uniform des Grafen Schwerin. — Neue kurfürstliche Anleihe. — Ministerialrath. — Personalien.] Es ist ein eigenthümlicher Widerspruch, in welchem im Augenblicke die offiziellen österreichischen Blätter einerseits und die offiziellen preussischen Blätter andererseits in Beziehung auf gewisse Maßregeln, die Seitens der deutschen Großmächte gegen Frankreich beabsichtigt gewesen sein sollten, sich befinden. Während der offizielle „Österreichische Correspondent“ an der Spitze seines Blattes von der Auffstellung eines mobilen Truppenkorps von Rastatt bis nach Düsseldorf hin, zum Schutze der deutschen Westgränze und zur Sicherung der Ruhe im Innern Deutschlands sprach, auf daß diese militärische Linie, deren Mittelpunkt Frankfurt und Mainz bilden sollten, unter den Aufsicht der Großmächte einen Wall gegen äußere Stürme und gegen innere Schieberhebungen bilde, läßt die hiesige offizielle „Deutsche Reform“ eben diese Nachricht in ihrer gestrigen Nummer bestimmt in Abrede stellen. Der Schlüssel für diesen Widerspruch liegt einfach darin, daß wirklich zu der Zeit, als die jüngsten Differenzen zwischen der exekutiven und legislativen Gewalt in Frankreich entstanden, und man hier noch an die Möglichkeit gewaltsamer Störungen der Ruhe dort glaubte, zwischen den Kabinetten von Wien und Berlin die Auffstellung eines derartigen Truppenkorps am Rhein verabredet worden war, daß die Ausführung aber alsbald wieder aufgegeben wurde, als man den ruhigen Verlauf der Krisis sah. Die beiderseitigen offiziellen Blätter erhielten ihre Parole zu verschiedener Zeit, und dadurch entstand der Widerspruch, der jetzt so viel von sich reden macht.

Während ich noch gestern darauf aufmerksam machen mußte, daß die Schleswig-holsteinschen Kriegsgefangenen noch immer vergebens ihrer Befreiung entgegensehen, ist heute hier die offizielle Nachricht aus Kiel eingetroffen, daß dort über 1000 dieser Kriegsgefangenen gestern aus Kopenhagen angekommen seien, theils solche, die aus den Herzogthümern Schleswig-Holstein selbst, theils aber auch solche, die aus dem übrigen Deutschland und namentlich vorwiegend aus Preußen gebürtig sind. Dieselben waren mit den Dampfschiffen „Waldemar“ und „Holger-Danske“ von Kopenhagen nach Lübeck gefandt (s. gestr. Bresl. Z.) und von dort über Schwartau und Ahrensbeck nach Kiel gegangen. Die aus Preußen Gebürtigen werden unverzüglich hierher dirigirt werden.

Gleichzeitig ist aber auch von dem gleichen Orte aus die Nachricht angekommen, daß trotz den Protestationen der deutschen Großmächte die Aufhebung der Zolllinie zwischen dem Herzogthume Schleswig und dem übrigen Dänemark unmittelbar zu erwarten stehe. Daß damit ein großer Schritt für die Trennung der beiden Herzogthümer Schleswig und Holstein von einander und für die völlige Amalgamirung des Ersteren mit Dänemark geschehen würde, braucht wohl nicht erst besonders hervorgehoben zu werden.

Die Befestigung des Kronenwerks von Rendsburg durch die Dänen bildet hieneben noch unangesehener Gegenstand der Besprechung. Während man bereits eine Interpellation des Ministeriums wegen dieses Gegenstandes in der zweiten Kammer ankündigt, hört ich auch, daß ein entschiedener Protest der hano-verischen (s. gestr. Bresl. Z.) und der braunschweigischen Regierung gegen dieses Zugeständniß hier eingegangen sei.

Der französische Gesandte am hiesigen Hofe, Herr Armand Lefebvre, hatte gestern, also bald nach seiner Ankunft, eine längere Audienz bei dem Minister-Präsidenten v. Manteuffel. Ich kann es freilich nur als Gerücht mittheilen, daß er hierbei wichtige Mittheilungen Namens seiner Regierung sowohl in Bezug auf die angeblich gegen die Schweiz intendirten Maßregeln wie Betreffs der Reuegestaltung der deutschen Verhältnisse und namentlich des Eintritts von Gesamt-Österreich in den deutschen Bund gemacht haben soll.

Bekanntlich hatte der Präsident der zweiten Kammer, Graf Schwerin, bisher beharrlich verweigert, bei Hofe zu erscheinen, weil das Hofceremoniell neuerdings wieder verlangt, daß Jedermann in Uniform erscheine; Graf Schwerin aber seit der Aufhebung der Standes-Unterschiede durch die Verfassung es für unkonstitutionell hält, die litterarische Uniform, zu der er allein berechtigt ist, anzulegen. Dieser Umstand ist klein, aber er hat hier außerordentlich viel von sich sprechen machen. Man hat aus diesem Dilemma nunmehr einen Ausweg dadurch gefunden, daß der König dem Grafen Schwerin gestattet hat, die Landrath-Uniform zu tragen. — Derselbe war früher einmal Landrath. — In dieser Uniform war denn der Präsident der zweiten Kammer auch auf dem vorgestrigen großen Hofeste erschienen.

Nach glaubwürdigen Mittheilungen, die heute hier an der Börse verbreitet waren, soll die kurfürstliche Regierung im Begriff stehen, mit dem Hause Rothschild eine Anleihe von 2 Mill. Thaler, freilich unter sehr ungünstigen Bedingungen, abzuschließen.

Heute früh fand unter dem Vorhitz des Königs ein Ministerialrath statt, in welchem die Schluß-Instruktionen für den erst morgen nach Dresden abreisenden Herrn v. Manteuffel festgesetzt wurden. Der letztere hatte außerdem heute eine lange Konferenz mit dem Prinzen von Preußen, der gleichfalls morgen nach dem Rhein abreist.

Der frühere Polizei-Präsident v. Minutoli ist nunmehr definitiv an des Herrn v. Richthofen Stelle, der nach Mexiko geht, zum General-Konsul in Madrid ernannt.

[Die Uebergabe des Kronenwerks an die Dänen] wird der Unterthugung zugeschrieben, welche das jetzige dänische Ministerium in Petersburg findet. — Auch soll, wie die B. Z. heute wissen will, die Nachricht von einem Vorschlage Russlands, die Rendsburger Festungswerke zu schleifen, nicht ungegründet sein, und daher sei denn auch, da man sich diesem Ansinnen nicht fügen wollte, die Uebergabe des Kronenwerks zu erklären. „Gut unterrichtete Personen wollen wissen (berichtet d. B. Z. ferner), daß der Einfluß Russlands in dieser Angelegenheit bei der über die Grenzfrage zu treffenden Entscheidung so bedeutend in die Waagschale fallen dürfte, daß man alle Ursache habe, das Ergebnis dieser Entscheidung schon jetzt als ein für Deutschland wahrscheinlich unerwünschtes zu bezeichnen.“ — Die Nat.-Ztg. sagt in dieser Angelegenheit: „Wenn wir gestern unsere Anklage wegen der Auslieferung des Rendsburger Kronenwerks vorzugsweise gegen Österreich richteten, so fand dies seine volle Begründung darin, daß das Wiener Kabinet, wenn es die Sache Schleswig-Holsteins mit Ernst und Nachdruck zu führen im Sinne hätte, dieselbe offenbar nicht den Händen der preussischen Diplomatie anvertraut haben würde, welche nun einmal seit der Auslieferung Rastaus überall von dem Mißgeschick verfolgt wird, die Bedeutung der Fragen, um die es sich handelt, erst zu begreifen, nachdem dieselben bereits zum Abschlusse gebracht sind. Direkt mitschuldig ist in dem vorliegenden einzelnen Falle Österreich nicht; es ging vielmehr das betreffende Zugeständniß lediglich von Preußen aus.“ „Die That-sache, sagt die „Spenerische Zeitung“, ist um so auffallender und die darüber nicht nur in der hiesigen, sondern in der ganzen

norddeutschen Presse entstandene Aufregung um so natürlicher, da notorisch sich die Schugmächte Dänemarks hierüber je der Einnischung enthalten haben, und selbst Fürst Schwarzenberg die Entscheidung über die Befestigung in die Hände der preussischen Regierung gelegt habe. Kundige Militärs, welche bisher alle Schritte der Regierung, Österreich und Dänemark gegenüber, theils gebilligt, theils für gefahrlos gehalten, sind von dieser Uebergabe überrascht worden, welche, wie vorgefunden erzählt wurde, die preussische Regierung den Bitten des Grafen Sponneck zugesandt, und zwar ohne alle und jede Gegenleistung oder Garantie, während Mitglieder der Regierung auf Befragen die diesbezügliche schon seit einiger Zeit entstandenen Besorgnisse für gänzlich ungegründet erklärten. Jetzt steht die That-sache vollendet da. Selbst als die telegraphische Depesche schon die Uebergabe gemeldet hatte, ja, als die Hamburger Zeitungen sie schon ankündigten, stellten Männer, welche sonst sich rühmen, das Vertrauen des Kabinetts zu besitzen, sie in Abrede. Was aber dem „Corresp.-Bureau“ mitgetheilt worden, und die gefrige „D. R.“ im Wesentlichen wiederholt, der den Dänen übergebene Theil des Kronenwerks sei der unbedeutendere, wird von Militärs, die den Platz kennen, durchaus in Abrede gestellt, und ist offenbar nur gesagt, um die erste Aufregung zu beschwichtigen. Unter diesen Umständen gewinnt der Antrag des Abgeordneten der ersten Kammer, Hrn. v. Arnim, in Betreff der Schleswig-holsteinschen Angelegenheiten, welcher Morgen zur Verhandlung kommt, eine erhöhte Bedeutung, besonders da in demselben das Kronenwerk ausdrücklich gedacht ist.“ Im Vertrauen auf die Mehrheit der ersten Kammer wird jedoch das Ministerium auch diesen Anlaß vorübergehen lassen, ohne in eine Rechtfertigung seiner Politik einzugehen. Man wird, dem Vernehmen nach, einfach die Kompetenz der Kammer, in auswärtigen Angelegenheiten mitzureden, in Abrede stellen und sich den Gründen des Stabschefs Bericht anschließen, daß durch eine faktische Uebergabe dem später zu erledigenden Rechtspunkte nicht präjudicirt sei.“

[Amendement.] Zu dem Berichte der Finanzkommission der zweiten Kammer, betreffend die Klassensteuer, haben die Abg. v. Vinde und Gen. folgenden Verbesserungsantrag eingebracht: Die hohe Kammer wolle beschließen: Der Finanz-Kommission aufzugeben, die Vorlage der in den Plenar-Sitzungen über die einzelnen Artikel des Entwurfs eines Gesetzes, die Einführung einer Klassen- und flüssigsten Einkommensteuer betreffend, gefaßten Beschlüsse so lange auszuweichen, bis von der Kammer die Berichte der Central-Budget-Kommission und Finanz-Kommission über das Budget, den Rechnungsbildung von 1849, die Rechnung über die Verwendung des in der letzten Session votirten Kredits von 18 Millionen, so wie die von der Regierung Sr. Majestät noch zu erzielende genaue Auskunft über die gegenwärtige Finanz-Lage des Staates geprüft sein werden.

Unterstützt von den Abgeordneten v. Sauten-Julienfeld v. Sauten-Zarputsch, Graf Dyren, Berndt (Nimptsch), v. Silgers (Altentrich), Kels, Kreners, Baar (Wachen), v. Camis, Biegel, Simon, Kord, Boelling, Kanger, Schwieler, Giesler, Beiler, Danbelow, Wangel, Harfort, Schlein, Möller, Delius, Dohm, Kugel, Telskamp, v. Silgers (Koblenz), Wunder, Birgers, Magerath, Paffers, Schubert, Wiese, v. Auerwald, v. Leipzig (Hohenzollern), v. Bardeleben.

Das hiesige Ministerial-Blatt enthält die allgemeine Verfügung vom 14. Februar d. J., die Mittheilung von Erträgen aus den Regalien über die Trauungen und Geburten der Juden und Dissidenten an die Polizeibehörden betreffend; desgleichen vom 7. Febr. d. J. betreffend das Verfahren bei Beschwerden der Staats-Anwaltshöfe gegen die Zurückweisung einer Anklage und das Erkenntnis des königlichen Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenz-Konflikte vom 2. November v. J., betreffend die fortwährende Wirksamkeit dieses Gerichtshofes und die Unzulässigkeit des Revisionsweges gegen die von einem Verwaltungsrath verhängte Amts-Suspension eines zu seinem Ressort gehörigen Beamten.

Berlin, 14. Februar. [Hofnachrichten. Se. Majestät der König haben vorgestern Morgen das 3. Jäger-Bataillon am Lustgarten befestigt. Abends war General v. Wall. — Gestern Morgen haben Se. königl. Hoheit Prinz Albert von Sachsen Berlin verlassen. — Um 9 Uhr sind Se. Majestät der König in Begleitung sämtlicher anwesender Prinzen des königlichen Hauses nach Potsdam gefahren. Um 11 Uhr war im Lustgarten Befestigung des 5. Infanterie-Bataillons 2. Infanterie-Regiments, des 6. Infanterie-Regiments (gen. Bährersches) und einer reitenden Batterie des 2. Artillerie-Regiments. Vor und nach der Befestigung haben Se. Majestät Militär-Vorträge angenommen. Um 2 Uhr war Diner, zu dem die Stabs-Offiziere, Kompanie-, Eskadrons- und Batterie-Chefs der befestigten Truppentheile erschienen waren. — Den Nachmittag haben Se. Majestät gearbeitet. — Zum Thee waren wenige Personen aus Potsdam befohlen. — Heute Morgen mit dem Zuge um 8 Uhr sind Se. Majestät wieder nach Berlin zurückgekehrt. (St. Anz.)

Berlin, 14. Febr. [Tagesbericht.] Die Nr. 3tg. widerspricht einer (auch in der Bresl. Ztg. übergegangen) Nachricht der Spen. 3tg. mit dem Bemerkten, daß „in nächster Woche“ noch kein neues Wahlgesetz vorgelegt werden würde. Die Deutsche Reform sagt in dieser Beziehung: „Nicht mit einem Worte — es ist dies buchstäblich zu nehmen — ist bis jetzt eines Wahlgesetzes Entwurf in den Sitzungen des Staatsministeriums gedacht worden. Nicht mit einem Worte hat man bis jetzt die Nothwendigkeit eines solchen bestritten. Es ist buchstäblich nichts geschehen, was zu einer ähnlichen Notiz der Spen. 3tg. hätte Veranlassung geben können.“

Um 11 Uhr erteilten Se. k. Hoheit der Prinz von Preußen etwa zwanzig Kammermitgliedern von der Rechten Audienz, welche sich dieselben ohne besondere Parteidressung ausgedehnt hatten, um Se. k. Hoheit vor Höchsteren auf morgen festgesetzten Abende die Gefühle ihrer Ergebenheit und ihres festen Vertrauens auf des erhabenen Prinzen weiteres segensreiches Wirken auszudrücken.

Eine hiesige Zeitung will wissen, daß der geheime Legations-Rath v. Ulfeld nachstens auf seine Stelle als diesseitiger Gesandter nach Rom abgehen werde. Es scheint diese Mittheilung wohl begründet, indem Herr v. Ulfeld bereits seit längerer Zeit Vorkehrungen dazu getroffen hat und dadurch behindert wurde, den Abtheilungsassessoren (als Abgeordneter der ersten Kammer) beizuwohnen. (M. P. Z.)

Nachdem die Dislokations-Verhältnisse der Armee für die nächste Zeit wieder einen dauernden Charakter angenommen haben und plötzlich eintretende Veränderungen derselben nicht mehr zu erwarten stehen, hat sich das Kriegsministerium veranlaßt gesehen, seine Verfügung vom 10. October 1848 in Betreff der Unzulässigkeit des Uebertritts der einjährigen Freiwilligen zu andern Regimenten wieder aufzuheben. Hiernach tritt die frühere Verfügung der Ministerien des Innern und des Krieges vom 8. April 1817 wieder in Kraft.

20. Mai  
An Stelle des geh. Justizraths von Bernuth, welcher sein Mandat niedergelegt hatte, ist der Gewerke- und Gutbesitzer Ulrich zu Dreßlar im Kreise Brilon zum Abgeordneten der ersten Kammer für den 2. Arnberger Wahlbezirk gewählt worden und hat die Wahl angenommen.

\*) Das C. B. meldet heute: „Zu dem Morgen in der ersten Kammer zur Beratung kommenden Antrag des Freiherrn v. Arnim in Bezug auf die Schleswig-Holsteinschen Angelegenheiten ist folgendes Amendement, eine motivirte Tagesordnung enthaltend, eingebracht worden: „In Erwägung, daß der Antrag des Abgeordneten von Arnim und Genossen v. 20. Januar d. J. zwischen durch beklagenswerthe That-sachen erledigt ist, geht die Kammer zur Tagesordnung über.“ Eingeleitet ist diese Tagesordnung durch Herrn Kamp, unterstützt wird sie u. a. auch von dem Antragsteller Hrn. Freiherrn v. Arnim, G. C. Camphausen, Hanfmann, Kister, Lette, Fied, v. Bräun, Freyherrn v. Vinde, Freycus, v. Rönne u. i. w.



Die Ersatzwahl für den Superintendenten Keller, welcher sein Mandat als Abgeordneter zur zweiten Kammer für den 3. Düsseldorf Wahlbezirk niedergelegt hat, ist auf den Landrath Dittmer zu Duisburg gefallen.

Am 12. d. Mts. kamen hier 350 Personen an und reisten 301 ab. Angekommen: der k. großbritannische Kabinets-Chef Grattan von St. Petersburg, der kaiserl. russische Legations-Sekretär v. Tengel aus Kopenhagen. Abgereist: der Legations-Sekretär v. Heydebrandt u. d. Lasa nach Breslau.

**2. Aus der Provinz Posen, 14. Februar.** [Die Auflösung der Kreisgerichts-Deputationen] ist in so weit bewerkstelligt, daß in Schwerin a. W. seit dem 1. Februar d. J. eine Gerichts-Kommission mit beschränkter richterlicher Kompetenz in die Funktionen der Deputation getreten ist. Dasselbe wird binnen Kurzem mit der Kreisgerichts-Deputation in Gorkow der Fall sein. Die zu Graustadt bestehende wird vorerst noch dort verbleiben. Dagegen haben die an derweitigen Wünsche und Vorstellungen der Kommunalbehörden jenes Ortes, die auf eine Verlegung des Posener Appellations-Gerichts dorthin gerichtet waren, ungeachtet der nachdrücklichen Beschwörung des Gefüches durch den hiesigen Oberpräsidenten Herrn v. Bonin an den Herrn Justizminister, die entsprechende Berücksichtigung nicht gefunden, da selbstverständlich das Appellationsgericht sich nicht damit einverstanden erklären konnte, aus dem Mittelpunkt des Departements und der provinziellen Verwaltung nach dem äußersten Ende der Provinz überzusiedeln.

## Deutschland.

**Dresden, 13. Februar.** [Die Konferenzen.] Die der dritten Kommission der deutschen Konferenz beigegebenen Sachverständigen entwickeln große Thätigkeit und halten täglich drei bis fünfstündige Sitzungen. Obwohl man sich hier erzählt, der preussische Abgeordnete zeige sich gegen die in der dritten Kommission vertretenen Zollvereinsstaaten sehr zurückhaltend und kühl, und neige sich dagegen mit besonderer Freundlichkeit Hannover und Hamburg zu, so schreibt man dies doch größtentheils auf Rechnung der in Preußen durch die Gotthard und Demokraten (2) zu Gunsten des Anschlusses an den Steuerverein irregulären öffentlichen Meinung. — In der Wesenheit stimmen bisher die österreichischen und preussischen Voten ziemlich vollständig überein und werden durch das reichliche einträchtige Zusammenwirken der Repräsentanten von Oesterreich, Sachsen, Bayern und Württemberg, welche nur das allgemeine Wohl Deutschlands ohne irgend ein Sonderinteresse vor Augen haben, zur Geltung gelangen. Als die nächste Folge der Dresdener Konferenzen in dieser Beziehung sind großartige Verkehrsvereinfachungen zu erwarten, durch welche sich die Bahnen ebnen werden, die zu dem Ziele führen, welches alle wohlwollenden deutschen Regierungen zu erreichen suchen. (Leipz. Z.)

**Frankfurt a. M., 11. Febr.** [Verschiedenes.] Die Herren in Dresden scheinen einiger zu sein, als sie selbst es Wort haben wollen. Soeben erfahre ich, daß Graf Thun das ehemalige Palais des Reichsverwesers auf der Eichenheim Gasse für den Erzherzog Albrecht angekauft hat. Ob dieser nur, wie von einigen Seiten behauptet wird, als Militärführer hier fungieren soll, oder ob die neue Centralgewalt wirklich zu Stande kommt, läßt sich daraus allerdings noch nicht schließen; doch würde der Kauf, bei dem überdies der hiesige Bürgerverein überboten worden ist, gewiß nicht erfolgt sein, wenn nicht im Rathe der Götter schon Alles geordnet wäre. — Während namentlich von Berlin aus dem Gerüchte einer beabsichtigten Intervention in der Schweiz widersprochen wird, soll man hier in österreichischen Kreisen diesen Gedanken sehr wohl hegen, und einzelnen Äußerungen zufolge scheint man darauf zu rechnen, daß die Schweiz auf Noten keine Rücksicht nehmen werde, und daraus einen Vorwand für gewaltsames Einschreiten nehmen zu wollen. Der „Uhrenhändler Mazzini“ ist hier noch nicht verurtheilt; Ueberhaupt darf man nur die „Kasseler Zeitung“ lesen, um zu wissen, welche Glückseligkeit uns erwartet, sobald der Bundestag reaktiviert und unter den französischen Erben eine Einigung erfolgt ist. (N. Z.)

**Mainz, 11. Febr.** [Militärisches.] Heute Mittag ist unsere neue königl. preussische Kavalerieabteilung, eine Schwadron des 8. Kürassierregiments, von Köln hier eingetroffen, nachdem des Morgens die Husaren Schwadron vom 9. Regiment die Bunde besetzung verlassen hatte. Sonntag Morgen geht das zweite Bataillon des königl. preussischen 40. Regiments nebst Stab und Regimentemusik von hier nach Saarlouis. (D. P. A. Z.)

**München, 12. Februar.** [Tagesneuigkeiten.] Die Hauptstadt verläßt in diesem Augenblick über den glänzenden Karneval ganz auf die politischen Fragen des Tages zu achten und geräuschlos, als dies Mal sind wohl des Landes Abgeordnete nie zusammengekommen. Am Donnerstag, den 13. d. M., findet die erste Kammereröffnung statt, es soll schon in derselben Interpretationen nicht fehlen. Ein Mitglied der äußersten Linken, Herr Advokat Prell, will das Ministerium fragen, was es gegenüber den Forderungen der Bischöfe zu thun gedenke. Andere Mitglieder werden den Minister des Innern, bezüglich der in jüngster Zeit vorgefallenen Ausweisungen missliebiger Literaten interpellieren; auch hier ist nur eine auf Inkompetenz lautende Antwort zu erwarten. Mittlerweile fährt der Direktor der Polizei fort, auszuweisen. — Die „Augsburger Abendzeitung“ bringt die Einstellung des Pferdevorverkaufs beim zweiten Armeekorps mit einer Aufstellung deutscher Truppen an der Schweizergrenze in Verbindung. (Ref.)

**Freiburg, 10. Februar.** [Grenzverlegung.] Heute kam die Nachricht von Breisach, daß gestern 20 Bewaffnete aus dem Elsaß nach Hartheim am Rhein kamen und dort die Grenzlinie vertrieben. Es wurde sogleich ein Detachement von Breisach dahin beordert und heute ging ein solches von hier nach Hartheim ab. Dem Vernehmen nach war durch diesen Ueberfall blos ein großer Haufen Vieh beschlagnahmt. (Weisg. Bot.)

**\*\* Kassel, 13. Febr.** [Tagesbericht.] Der Tag des Amarsches der Bayern, in der in unsern jüngsten Schreiben angegebenen Weise, ist nunmehr auf den 19. d. M. festgesetzt worden. — Der von den kurb. Offizieren verlangte Revers soll, dem Vernehmen nach, von sämtlichen Offizieren, mit Ausnahme von sechs Stabs-Offizieren, eingegangen sein. Diese letzteren sollen wiederholt ihren Abschied verlangt haben.

**Saarnover, 13. Februar.** [Kammervorhandlungen.] In der ersten Kammer fand heute die Präsidentenwahl statt. Bei der ersten Wahl wurde primo loco der Graf von Bennigsen erwählt. Zweite Wahl. Hausmann wird mit 51 Stimmen zum zweiten Präsidenten erwählt. Tertio loco wird erwählt mit 43 Stimmen der Oberappellationsrath Kirchhof. — In der zweiten Kammer wurde ebenfalls zur Präsidentenwahl geschritten. Primo loco wird gewählt: Windthorst. Secundo loco fielen auf Böhm 37 Stimmen. Die Wahl des dritten zu Wählenden muß dreimal vorgenommen werden, indem sich die ersten beiden Male absolute Mehrheit nicht ergiebt. Bei der dritten Wahl erhält Elissen die absolute Mehrheit. Es werden somit der Regierung als Präsidial-Gesandten präsentiert: Windthorst, Böhm und Elissen. — Lang II. stellt darauf folgende Anfrage: Ich werde mir eine Anfrage an den Minister des Innern erlauben, ohne Anknüpfung und Einleitung. Sie kann einfach mit Ja oder Nein oder auch mit Stillschweigen beantwortet werden. Ja. Beides, für Stillschweigen oder direkte Antwort werde ich dankbar sein. Die Anfrage lautet: Hat die allgemeine Ständerversammlung Mittheilung zu erwarten: 1) über die Gründe, welche dem nun entlassenen Ministerium das Vertrauen der Krone entzogen

und seinen Rücktritt veranlaßt haben? 2) über die Gründe, welche dem Ministerium in der innern und in der deutschen Frage, namentlich in der Schleswig-Holsteinischen und Kurhessischen Angelegenheit zur Rücksichtnahme werden und gebieten haben? — Lindemann erwidert: Ich trage kein Bedenken, die Frage sofort zu beantworten. Ueber den ersten Gegenstand wird keine Vorlage erfolgen, über den zweiten in kürzester Zeit. (Hann. Bl.)

[Ueber eine englische und eine französische Note in Betreff des Eintritts Preußens und Oesterreichs mit allen ihren Landestheilen in den deutschen Bund] schreibt die offizielle „Hannoversche Ztg.“ Folgendes: „Hannover, 12. Februar. Ich lese in ihrer gestrigen Nummer, daß die D. A. Z. schreibt, die „verbürgte“ Nachricht des Berliner Korrespondenzbureaus von einer Note Frankreichs gegen den Eintritt von Oesterreich in den deutschen Bund sei durchaus unbegründet. Ich kann nach eingesehenen Erkundigungen über diese Angelegenheit das Nachstehende mittheilen. Es existirt eine Note Lord Palmerston's vom 3. Dezember v. J., worin derselbe in Beziehung auf die Nachricht, daß Preußen und Oesterreich übereingekommen, in den deutschen Bund beiderseits mit Landestheilen einzutreten, welche zu dem mittelst des Wiener Vertrages festgestellten Bundesgebiet nicht gehören, erklärt, daß der deutsche Bund nicht lediglich durch die freiwillige Vereinigung der Staaten, welche ihn ausmachen, gebildet, sondern das Ergebnis und die Schöpfung eines europäischen Vertrags sei, daß mithin keine wichtige Aenderung in der Natur und Zusammensetzung des Bundes ohne die Mitwirkung und Zustimmung der Mächte, welche Theilnehmer des Wiener Vertrags von 1815 seien, eingeführt werden könne. Der Konstitution des Bundes habe das allgemeine Prinzip zur Grundlage, daß derselbe aus den zum früheren deutschen Reiche gewesenen Staaten und Gebieten bestehen und folgeweise ein aus rein deutschen Bestandtheilen zusammengesetzter Körper sein solle. Dieses Fundamentalsystem werde in der erwähnten Uebereinkunft verankert. Die großbritannische Regierung erachte es im Hinblick auf die Unvollständigkeit der ihr vorliegenden Nachrichten noch nicht an der Zeit, eine bestimmte Ansicht für oder gegen die beabsichtigte Aenderung zu äußern, halte sich aber zu der Erwartung berechtigt, daß ihr, bevor in der fraglichen Hinsicht eine definitive Entscheidung getroffen werde, über die Natur und den Gegenstand der ins Auge gefaßten Reformen, wie über die Gründe, die solche wünschenswerth erscheinen ließen, durch die Regierungen von Oesterreich vollständige Aufschlüsse ertheilt würden. Nachdem der französische Regierung die offizielle Nachricht zugegangen, daß der Eintritt der österreichischen Gesamtmonarchie in den deutschen Bund beabsichtigt werde, hat sie in Wahrheit nach Wien die Erklärung gelangen lassen, daß die französische Republik die in Rede stehende Erweiterung des Bundesgebietes als eine Angelegenheit betrachte, welche der Kognition der Theilnehmer der völkerrechtlichen Verträge von 1815 anheimfalle. Man wird nicht läugnen können, daß der Eintritt Gesamtösterreichs (wie Gesamtpreußens) in den deutschen Bund nicht blos eine innere Angelegenheit Deutschlands ist, sondern zu den europäischen Fragen gehört.“

**Donaukrü, 11. Febr.** [Gerücht.] Man spricht hier von dem angeblichen Plane der Reaktionspartei, den König von Hannover zur Abdankung zu bewegen, damit der Nachfolger sich bereit finden lasse, alle Würgerenschaften wegzuklopfen. Die Diplomatie, heisse es, überrede den alten König, von dem sie keine Wortwürdigkeit erwarte, durch die Drohung zum Abdanken, daß sonst ein Streit über die Successionsfähigkeit des Kronprinzen werde erhoben werden. (Dn. Z.)

**Schwerin, 12. Febr.** [Oesterreicher.] Nach hierher gelangten amtlichen Anzeigen wird der größte Theil der österreichischen Truppen Medlenburg in den nächsten Tagen verlassen und nach Holstein vorrücken. Nur ein kleiner Rest der Truppen, eine Proviantkolonne und eine Transportkolonne, wird noch auf einige Zeit hier zurückbleiben. (N. C.)

## Schleswig-Holsteinische Angelegenheiten.

**Altona, 13. Februar.** Jetzt sind keine Schleswig-Holsteinische Truppen mehr hier. Das letzte Piquet von 120 Mann, welchem die Bewachung der Lazareth oblag, hat uns gestern verlassen und die Oesterreicher haben auch diese Wache besetzt. Auch beim Herron der Eisenbahn haben die Oesterreicher eine Wache etablirt. Von den österreichischen Truppen liegen hier: 1 Bataillon Kaiserjäger, 3 Bataillone vom Regiment Wellington, eine Spänische und eine 12pfündige Batterie nebst einem großen Fuhrpark von ungefähr 70 Wagen, die gestern hier eingetroffen sind. Außerdem liegt noch eine Menge Artillerie und einige Kavallerie in der Umgegend von Altona. In der Festung Rendsburg liegen an Bundestruppen: das österreichische Regiment Schwarzenberg, das 1. und 2. Bataillon des 8. preussischen Leibregiments und 2 österreichische Batterien mit etwas Kavallerie. (Ref.)

## Oesterreich.

**N. B. Wien, 14. Febr.** [Tagesbericht.] HM. Zeltachich ist hier angekommen, um dem Kaiser persönlich den Dank für das ihm verliehene Infanterie-Regiment abzugeben. Sein Aufenthalt hier dürfte aber nur kurze Zeit währen. — Bei den verschiedenen Gesandtschaftsposten sollen Veränderungen stattfinden. Graf Thun aus Frankfurt würde Gesandter in London, Baron Koller in Brüssel, Graf Rechberg in Berlin und Baron Prolesch in Konstantinopel. Graf Schauenstein bezieht man als künftigen Bundes-Präsidenten. — Vier Professoren der Prager Universität erhielten vom Statthalter Metternich eine schriftliche Äußerung, weil sie dem Leichenbegängnis des Dr. Smetana bewohnten.

\*\*\* Durch die neuesten telegraphischen Depeschen aus Alexandrien, wird die Aufmerksamkeit auf die Türkei gerichtet, da zwischen der Pforte und Egypten ein Konflikt bevorsteht, wodurch die Möglichkeit einer breitenden Erneuerung der orientalischen Frage geboten wird. Mehrere sehr kategorische Forderungen, welche der Divan plötzlich und unvermuthet an den Vicekönig von Egypten stellte, wurden von letzterem verweigert. Die sonst zögernde ottomanische Regierung hat gesprochen. Kairo antwortete mit einem Aufgebot von 40,000 Mann. — Die erwähnten Forderungen sind: 1) Ermäßigung der bestehenden Territorialsteuer auf ein Drittel ihres jetzigen Betrages. 2) Verminderung des ägyptischen stehenden Heeres auf 20,000 Mann. 3) Gänzliche Abtretung der Flotte oder vielmehr Stellung derselben zur alleinigen Verfügung der Pforte. 4) Stetige Anwesenheit eines großherlichen General-Inspektors (Mohammed Ali Pascha) in Egypten. 5) Regelung der Einkünfte der ägyptischen Prinzen nach einer bestimmten Scala, etwa nach folgender: Abbas Pascha 300—500,000 Drachmen jährlich, die andern Söhne des verstorbenen Mehmed Ali jedem 75,000 Drachmen jährlich, die Söhne des verstorbenen Ibrahim Pascha jeder 50,000 Drachmen jährlich. — Man ist erstaunt über das Benehmen des Divans und dessen Unternehmungslust, doch erinnert man sich des Postes, welchen voriges Jahr der General-Gouverneur Indiens auf die Landung englischer Truppen in Egypten ausübte, und wie auch der Gelüste eingedenk ist, die sich bei mehr als einer Gelegenheit nach Monopolisirung der Straße von Suez kundgaben, so ist wohl leicht zu erkennen, von wem eigentlich der Schlag ausgeht und wer hinter demselben steht, der ihn scheinbar führt. So wenig die Motive des jetzigen Auftretens dieser Frank zu errathen sind, so neuerlich ist man auf die Haltung Frankreichs in dieser Frage. Wird die

jetzige französische Regierung ruhig zusehen können, wie die durch Stipulationen des Jahres 1840 im Interesse der Sicherheit Egyptens als nothwendig befundene Macht in den Händen der Nachfolger Mehmed Alis zerbrochen wird? Damals vertat Frankreich Interessen, denen jetzt das diktatorische Benehmen der Pforte sehr empfindlich nahe tritt, während damals Egypten siegreich war, und sich blos zu mühen hatte.

**## Brunn, 13. Februar.** [Militärherrschaft.] Als einen Beitrag zu den langen Listen jener Ursachen, welche den Justizminister Schmerling bewegen haben sollen, aus dem Kabinett zu scheiden, kann ich Ihnen aus der verlässlichen Quelle mittheilen, daß hierzu auch das Schalten der Militärgerichtsbarkeit in jenen Landestheilen gezählt werden muß, wo das Martialgesetz keine Geltung hat, zumal in Böhmen. So ließ z. B. der Feldmarschall-Lieutenant Graf Lam-Gallas in Zeppl einen des Verfalls der Soldatenverführung angeklagten Ungar nicht wie es sich ziemte hätte, an das Civilgericht abzugeben, sondern vor ein Kriegsgericht stellen, dessen Richter jedoch über das Strafmaß nicht einig wurden, denn während der Auditor auf einjährige Freiheitsstrafe antrug, verlangten einige Offiziere sogar den Tod durch Pulver und Blei, als ob ganz Böhmen unter dem Martialgesetz stünde. Da kein Urtheil geschöpft werden konnte, so that der erwähnte General einen Machtpruch, indem er das betreffende ungarische Bataillon ausrußte ließ und jeden der Angeklagten mit 5 Fl. E. M. beschenkte, worauf der Angeklagte vor der Fronte der Truppen 80 Stockprügel erhielt und sodann der Civilbehörde zur Abschiebung in die Heimath übergeben ward. Solche Vorgänge, die aller formellen Gerechtigkeit Hohn sprechen, konnte der Justizminister nicht gleichgültig hinnehmen, wenn er nicht als Strohmännchen lächerlich werden wollte, allein seine Bemühungen, die Uebertreter der Geseze zur Verantwortung gezogen zu wissen, blieben bei dem Wind, der in den höchsten Regierungen streicht und bei der völligen Machtlosigkeit des Justizministers ohne allen Erfolg, so daß kaum ein anderer Entschluß, als der des Rücktritts möglich war. Bei dem feierlichen Abschied, den Herr v. Schmerling von den Beamten seines Ministeriums nahm, ließ er die bedeutungsvollen Worte fallen, daß er kein Erfolg hätte besitzen müssen, wenn er nicht abgetreten wäre, eine Äußerung, welche auf absichtliche Kränkungen schließen läßt. — Die Militärgerichtsbarkeit sucht ihre transitorische Natur zu verleugnen und arbeitet mit Eifer an ihrer Konsolidierung, wozu ihr namentlich auch das Erziehungswesen als Mittel dienen soll. Die in Olmütz, Grätz und Mailand bestehenden Kadettenhäuser sollen um zwei vermehrt werden, wovon die eine nach Deuburg und die andere nach Krakau kommen wird; zugleich beabsichtigt man die Reorganisation der poltechnischen Lehranstalten auf militärischem Fuß, mit einem Stabs-Offizier als Direktor, und die Einführung militärischer Zwangsstudien an den Hochschulen. Das System, das man durchzuführen will, läßt sich eben nur durch Abtödtung der individuellen Freiheit realisiren, und dahin dürfen wohl auch die Haars- und Rockverordnungen in allen Hauptstädten Oesterreichs abzielen.

## Rußland.

Die von Pest nach Warschau gesandte Deputation zur Ueberbringung des Ehrenbürger-Diploms an den Fürsten Feldmarschall, besteht aus folgenden Personen: dem ersten Bürgermeister der Tercy, dem Ministerial-Rath, früheren Bürgermeister Keller, dem Grafen Eduard Bichy, dem Grafen Waldstein, beide kaiserliche Kammerherren, und den Herren Mundt und Swanowicz. Am 9. wurde die Deputation dem Fürsten durch den Grafen Bichy vorgestellt. Sämtliche Deputirte trugen die ungarische National-Kleidung. Die Juwelen, mit denen der Dolman des Grafen Bichy besetzt war, hatten einen Werth von 200,000 Gulden Rth. Der Fürst antwortete sehr verbindlich in französischer Sprache für die ihm von der Pesther Bürgerchaft erwiesene Ehrenbezeugung, und lud sämtliche Deputirte zur Tafel, wo er in österreichischer Feldmarschall-Uniform und geschmückt mit den Brillant-Insignien des heil. Stephan-Ordens erschien. (C. C.)

## Frankreich.

**Paris, 12. Februar.** [Tagesbericht.] Das politische Ereigniß des heutigen Tages ist die Rekonstitution des Bureau's in der Nationalversammlung gewesen. In den verschiedenen Fraktions-Verhandlungen der Majorität war es nach mannigfachen Debatten beschlossen worden, das gegenwärtige Bureau beizubehalten, und so wurde denn auch Herr Dupin heute bei 583 Votanten mit 371 Stimmen wieder zum Präsidenten der Versammlung erwählt. Mit Ausnahme eines Vice-Präsidenten, des Herrn Benoit d'Az, und eines Sekretärs, des Herrn Heckeren, sind auch sämtliche andere Mitglieder des Bureau's wieder gewählt worden.

Die einzige politische Bedeutung, welche diese Wahlen haben können, wäre die Rekonstitution der alten Majorität. Allein die Spaltung ist in der letzten Zeit so ernstlich gewesen, daß es schwer wird, an eine aufrichtige und dauernde Vereinigung zu glauben. Es stehen vielmehr neue Fragen bevor, welche die Majorität spalten werden, und eine der ersten ist die Zurückberufung der erlittenen Führer. Zur Ablehnung dieses Antrages des Herrn Creton wird die bonapartistische Partei die Unterstützung der Legitimisten und des Berges finden. Es wird dies wieder eine Koalition werden, aber aus andern Elementen.

Bei der gegenwärtigen Lage der Dinge kann übrigens jede Majorität nur das Resultat einer Koalition sein, da die große Partei der Ordnung aus zu heterogenen Elementen besteht. — Herr Leo de Laborde, z. B., allirt mit Herrn Chamolle und Herrn Persigny, giebt keine homogene Majorität, als in Verbindung mit den Herren Mathieu (de la Drôme) und General Cavaignac.

Fortwährend zirkulirt das Gerücht von einem Ministerium Lamartine. Es bedarf nicht erst hinzugefügt zu werden, daß es völlig unbegründet ist.

## Großbritannien.

**(\*) London, 12. Febr.** [Parlament-Sitzungen.] In der gestrigen Sitzung des Oberhauses bringt Lord Abinger einen Protest der Bewohner der Grafschaft Surrey gegen den „päpstlichen Uebergriff“ ein. Der edle Lord ist der Ansicht, daß das Gouvernement die bestehenden Geseze einführen müsse, ehe es dem Parlament eine neue Maßregel vorschläge. Es ist nothwendig, daß man mit Energie handle. Die katholischen Priester sind arm, aber sie haben um so mehr Kühnheit. Sie versuchen, die Töchter reicher Familien ins Kloster zu bringen, um sich ihrer Güter zu bemächtigen. Sie unterwerfen ihre Angehörigen körperlichen Torturen, bis es ihnen gelingt, sie ganz unter ihr Gesez zu zwingen.

In einem jüngst vorgekommenen Falle haben die Jesuiten 10,000 Pf. Sterling bezahlt, um einen Kompromiß in einer gegen sie eingeleiteten Untersuchung zu erlangen, da sie es vorzogen, eine so beträchtliche Summe zu zahlen, als ihr Treiben enthüllen zu lassen. In den Klöstern hält man katholische Gesezengänge zurück.

Seit der Emanzipations-Akte von 1829 muß die Behörde das Namens-Verzeichniß der Mönche und Nonnen haben, die sich in den Klöstern befinden. Niemand ist dieser Zustand gewöhnt worden. Die Jesuiten haben kein Recht, sich in England niederzulassen, und sie wimmeln unter uns. Es handelt sich darum, zu verhindern, daß die Priester in die Häuser eindringen, um den Geist unserer Frauen und unserer Töchter gefangen zu nehmen und ihnen auf dem Todtenbette Geheimnisse zu entreißen.

„Der edle Lord an der Spitze des Kabinetts hat sich bereits durch sein Schreiben den unerbittlichen Haß der Katholiken zugezogen, ich hoffe, daß er das begonnene Werk durchzuführen wissen wird.“

Der Lord-Kanzler erwiderte Nichts auf diese Anrede. Nachdem noch mehrere Mitglieder ähnliche Petitionen vorgebracht haben, wurde die Sitzung aufgehoben. In der Sitzung des Unterhauses vom gestrigen Tage zeigte Sir Holt dem Hause an, daß er am nächsten Freitag das Kabinett interpelliren würde, ob es die Absicht hat, im Laufe der Session eine Bill einzubringen, welche die Einführung der katholisch-römischen Miten in dem anglikanischen Kultus verbietet. Sir Wolmsley fragt Lord John Russell, ob es in der Absicht des Gouvernements liegt, eine Vorlage auf Ausdehnung des Stimmrechts zu machen, oder ob es wenigstens einige Mitten der Reform-Akte von 1832 ausfüllen würde.

Lord John Russell beantwortet das Erstere verneinend und erklärt in Bezug auf die Veränderungen des Statuts von 1832, daß er sie vorschlagen werde, sobald sie ihm nützlich erscheinen werden. (Gelächter und Murren.)

Disraeli ergriff sodann das Wort in Betreff des Theils der Thronrede, welche von der Lage der Landbewohner in den vereinigten Königreichen handelt. Die Rede war der vollständige Panegyrikus des Schutz-Systems. In der That verlangte der Chef der Schutz-Partei doch nicht die Rückkehr zu diesem System; er erkannte die Wohlhabenheit des Landes an und beschränkte sich darauf, zu verlangen, daß man die Agrikultur in den Stand setze, die fremde Konkurrenz zu ertragen und zwar durch eine Verminderung der drückenden Steuern.

Der Kanzler erwiderte Herrn Disraeli in einer sehr gebienden Rede. Er setzte namentlich auseinander, daß die Steuern, welche auf dem Ackerbau liegen, niemals so mäßig gewesen sind, als in diesem Momente, und wenn in der Situation der Eigentümer und Pächter einige Störung vorhanden ist, so hat sich die der Landarbeiter bedeutend verbessert.

Nach dieser Antwort des Kanzlers ist die Debatte über die Motion Disraelis auf heute vertagt worden.

Der „Sun“ meldet, daß Lord Palmerston durch Sir Canning, den englischen Gesandten in Konstantinopel, die offizielle Mittheilung des ottomanischen Ministers des Auswärtigen erhalten habe, welche die Blockade der Häfen von Samos durch die türkische Flotte notifizirt.

## Italien.

**Rom, 4. Febr.** [Näher. — Gependen.] Selbst das offizielle Giornale di Roma vermag nicht mehr die Näherheiten in der Romagna mit Stillschweigen zu übergehen. Es brachte vor einigen Tagen die Geschichte des Ueberfalles von Forlimpopoli. An der Via Emilia ist jede halbe Stunde eine Abtheilung päpstlicher Soldaten aufgestellt; die Häuser, alles in allem vielleicht 200, waren in zweispännigen Wagen und zu Pferde erschienen, konnten also unmöglich unbemerkt passirt sein. Dennoch kam keine Wunde nach Forli und Cesena. Forlimpopoli ist dazu eine Stadt von 2000 Einwohnern mit Mauern und Thoren und 40 Mann Carabinieri Besatzung! Dennoch ist der Streich völlig gelungen. Monsignor Bechini, der päpstliche Kommissar, hat nun befohlen, daß Niemand ohne Paß über seine Kommune hinausdürfe. Als ob das helfen sollte! Den Oesterreichern die Polizei zu übergeben, weigert sich dagegen die Regierung. Nachstens soll die Stadt Savignano Besuch erhalten. — In Rimini gehen jetzt Abends Gependen in weißen Gewändern um, angeblich, weil die Devotion für die augenbewundene Madonna aufgehört habe. Neulich nun haben die österreichischen Jäger ein solches Gependen gefangen und abgeliefert, wobei man denn einen Bauern aus der Nähe unter der Verklappung entdeckte. (A. Z.)

## Asien.

**O. C. (Ueberlandpost.)** Laut Blättern aus Viktoria vom 30. Dezember sind die Unruhen in der chinesischen Provinz Kwanghi noch immer nicht unterdrückt; man sagt, neue Truppenkräfte seien zur Dämpfung derselben aufgegeben worden. Der von den Chinesen hochgeehrte General Lin-Tschia ist auf dem Schlachtfelde geblieben. Sein Fall soll die Truppen mit Nachdruck erfüllt haben, so daß sie in einer unmittelbar darauf entbrannten Schlacht die Insurgenten auf das Haupt schlugen. Laut Nachrichten aus Bombay vom 17. Januar wird der Ankunst Rapier's entgegengesehen. Ein Klub, welchem er als Mitglied angehört, bereitet dieserhalb ein glänzendes Banket vor. Am 26. Dezember fand die lang erwartete Zusammenkunft Solab-Singhs und Dalhousies in Wuzkerabad statt. Ersterer ward von den Engländern mit 19 Kanonenfahnen in den Augenblicke begrüßt, als er aus dem Zelte des Generalgouverneurs trat. Beide Würdenträger machten sich reiche Geschenke. Man hofft, daß Marquis Dalhousie, gewonnen über Peshawar heimzuführen, Alles aufbieten werde, um die Handel in Kohat auf friedlichem Wege zu schlichten. In Nizam währen die Unordnungen fort; kürzlich entspann sich zwischen ihnen und den Truppen des Regenten ein leichter Kampf. Die Araber bemächtigten sich des Forts Rymone, mußten es jedoch nach wenig Tagen wieder verlassen. Da die Regierung in Nizam ihre Schuld an die ostindische Kompagnie schwerlich wird abtragen können, so vermutet man, daß die Engländer einen Theil der dortigen Besatzungen zum Unterpfande mit Beschlag belegen werden. Nach der Meinung Anderer würde das Generalgouvernement eine neue Fristenstreckung bewilligen. In Bombay herrscht ungewöhnliche Kälte. Die Cholera rafft zahlreiche Menschenleben dahin.

## Provinzial-Beitung.

**Breslau, 15. Februar.** [Militärisches.] Das erste Kürassier-Regiment ist heute aus seinen bisherigen Standquartieren hier eingetroffen und hat bereits die früher von ihm innegehabte Kaserne am Stadtgraben bezogen. — Das erste Muskettier-Bataillon des 11. Infanterie-Regiments ist nun ebenfalls angekommen und verweilt in hiesiger Stadt, bis die Entlassung der Reservisten erfolgt sein wird. Bis dahin bleibt auch das zweite Bataillon in Bries, wo es gegenwärtig in Garnison liegt.

## Sitzung des Gemeinde-Rathes

am 13. Februar.

Vorsitzender: Justizrath Gräff. Anwesend 70 Mitglieder der Versammlung.

1) In Folge eines Antrages des Magistrats wählte die Versammlung die Beisitzer und deren Stellvertreter in den Wahllokalen der vier Wahlbezirke, für welche nach der magistratsmäßigen Bekanntmachung am 24. d. Mts. die Ersatzwahlen stattfinden werden. In der dritten Abtheilung sind gewählt: Kaufmann Scharf, Kaufmann C. A. E. Müller als Beisitzer, Kaufmann Prinkler, Kaufm. Claas als Stellvertreter.

für den 22. Wahlbezirk: Laborant Kasper, Badermüllers-Weiler Ludwig als Beisitzer, Strumpfweberei Linders, Gürtlermeister Warts als Stellvertreter;

in der zweiten Abtheilung: für den 22. Wahlbezirk: Kaufm. Klose, Partikular Ph. Harn als Beisitzer, Polamentier Reijss sen., Kaufmann P. Latorius als Stellvertreter und

in der ersten Abtheilung: Präsident der Handelskammer Ph. Molinari, Kaufmann Volgt als Beisitzer, Kaufm. Philipp, Verkleinert als Stellvertreter.

2) Für das an der Abendseite des Rathhauses gelegene Gewölbe war in dem abgehaltenen Licitations-Termin ein Gebot von 80 Rthlr. abgegeben worden. Die Versammlung erklärte sich für die Ertheilung des Zuschlags an den Bittanten.



3) Die Genehmigung erteilt, die von der Strafanstalts-Deputation nachgeforderte Bewilligung eines monatlichen Dienstes von 10 Rthl. für einen Hilfsarbeiter der Strafanstalts-Deputation, und die vom Vorsteheramt des Hospitals zu St. Bernhard beantragte Bewilligung der im verflochtenen Jahre bei der Hospitalverwaltung vorgekommenen Mehrausgaben in Höhe von 66 Rthl. Dagegen wird abgelehnt ein vom Magistrat unterstützter Antrag des Generalarztes der Neumarkt-Bürgerhäuser, um Ueberweisung der Zinsen von 200 Rthl. als Beihilfe zur Befriedigung der Kreis-Kommunalanforderungen.

4) In Betreff der eingegangenen Gesuche in Gewerbebetriebs-Angelegenheiten hat der Beschluß dahin aus, daß dem Gutachten der Prüfungskommission gemäß die Bedürfnisfrage bei drei Gesuchen bejaht, bei dreien dagegen verneint wurde.

5) Von den durch die betreffenden Kommissionen geprüft und zur Berathung gestellten Etats erhielten ohne Beanstandung die Genehmigung: der Etat des Administrationskosten-Fonds der Stadtbank, des Bankguthabens-Fonds, des Gymnasiums zu St. M. Magdalena und des Bibliotheks-Fonds zu St. Bernhard. Die Approbation des Etats der höheren Bürger-Schule zum heil. Geist erfolgte mit der Maßgabe, den Anlauf der Schulgebäude-Einnahme um 200 Rthl. zu erhöhen, den Besoldungsbetrag der Wiederabfertigung einer unter denselben aufgenommenen Gehaltszulage von 100 Rthl. zu ermäßigen, und bei dem Baufeststellung 54 Rthl. zur Ausfüllung einiger Baufeststellungen, deren Notwendigkeit nicht anerkannt wurde, zu streichen. Der Kammer-Etat für die Verwaltung der Alts- und Pensionskassen kam, unter Suspension des darin aufgenommenen Schuldenbetrags, Quantität von 10,140 Rthl. zur Vollziehung. Die Suspension dieses Betrages geschah in Folge der im Referat über die Prüfung des Etats enthaltenen Anregung, ein besonders von der Kammerverwaltung abgezwungenes Mitteln zur Tilgung der Stadtbank zu beschaffen, und dasselbe nicht allein in Folge von Abverkauf und von Abzügen eingehenden Geldern, sondern auch durch die jährliche Amortisation erparter Einnahmen, unter Kuratorischer Vertretung zu übergeben. Ueber den Antrag wollte die Verwaltung zuvor das Gutachten der städtischen Finanz-Deputation vernehmen, und ließ deshalb denselben an den Magistrat gelangen.

Nach den Veranlassungen in den vorgezeichneten Etats wird bei der Verwaltung der Stadtbank, nach Abzug der mit 4251 Rthl. angelegten Administrationskosten ein Reinertrag von 20,769 Rthl. erwartet. Für die Abfertigung der Bankguthabens-Deliquenzen-Schuld hofft man von der diesjährigen Einnahme, nach Berücksichtigung der baar zu zahlenden Zinsen und der Administrationskosten, zusammen im Betrage von 10,210 Rthl., die Summe von 39,790 Rthl. zu gewinnen. Die eigenen Entnahmen des Gymnasiums zu St. M. Magdalena veranschlagt einen Ertrag von 9047 Rthl., zu dem aus der Kammer 2579 Rthl. zugeflossen werden müssen, um das festgesetzte Bedürfnis der Lehranstalt zu decken. Die höhere Bürger-Schule zum heiligen Geist, die in ihrer Organisation durch Eröffnung der Sekunda wiederum vorge-schritten ist, nimmt einen Aufwand von 8488 Rthl., und mit ihm einen Kammerzuschuß von 4944 Rthl. in Anspruch. Die Schule wird gegenwärtig von 512 Schülern, das Magdalenen-Gymnasium von 565 Schülern frequentirt. — Die Verjüngung der Stadtschule einschließlich der alten Renten pr. 3782 Rthl. und eines Administrationskostenquantums von 350 Rthl., erfordert die Summe von 56,162 Rthl., wozu der Hauptfonds der Kammer 5844 Rthl. beizuführen hat. Die Aufbringung des Ueberrestes wird durch die Zinsen von den vorhandenen Alts, von der Hälfte des Wahl- und Schlachtfleisch-Zuschlages und von der Kommunalabgabe vom Brennholz erwartet.

6) Von den in der Sitzung am 9. Februar vollzogenen Wahlen sind noch nachzutragen: Wahl der Alts-Unterschieden. Breitenburg, Schlossermeister. Winkler, Böttchermeister. Winkler, Gelbgießermeister; der Schulen-Vorsteher:

- A. Bei den evangelischen Elementarschulen.**
- Schule I. Müller, Kaufmann. Wölter, Kunstschneider.
  - II. Kny, Desillateur. Siebig, Partikular.
  - III. Hofstädter, Apotheker. Wörthmann, Kaufmann.
  - IV. Diege, Schönfärbereimeister. Eichenfeld, Kaufmann.
  - V. Böner, Zimmermeister. Feldmann, Kaufmann.
  - VI. Beyer, Köchelhändler. Neumann, Stadtschulz.
  - VII. Gähde, Partikular. Späuf, Pfefferküchler.
  - VIII. John, Kaufmann. Krause sen., Zimmermeister.
  - IX. Groche, Gastwirth. Kanger, Pol.-C. Riedke, Holzhdrl. Dffg, Kaufmann.
  - X. Nibelich, Partikular. Prieth, Branntweinbrenner.
  - XI. Helm, Kaufmann. Gehl, Pol.-Komm.
  - XII. Genert, Korduaner-Mittels-Alteiler. Gabriel, Eisenförmereister.
  - XIII. Dammberg, D.-R.-R. Rahner, Stadts.-C. v. Bollgenad, Desill.-St. a. D.
  - XIV. Köhler, Buchh.-Hr. Pluge, Polizei-Komm. Pulvermacher, Stadtschulz.
  - XV. Gölner, Kunstgärtner. John, Kaufmann.
  - XVI. Keller, Tischlermeister. Schablin, Tischlermeister.
  - XVII. Köhler, Kaufmann. Wartenstein, Partikular.
  - XVIII. Krietz, Desillateur. Pluge, Polizei-Komm. Woywode, Kreidhauer.
  - XIX. Diege, Schönfärbereimeister. Sonnenberg, Kaufmann.
  - XX. Krieger, Kaufmann. Kanger, Polizei-Komm.
  - XXI. Klose, Leihamts-Direktor. C. Neugebauer, Kaufmann.
  - XXII. Günther, Kaufmann. Haase, Kaufmann.
- B. Bei den katholischen Elementarschulen:**
- I. Kny, Kaufmann. Wölter, Kaufmann.
  - II. Salzer, Kaufmann. U. Schneider, Kaufmann.
  - III. Gohlförst, Buchbändler. Th. Molinari, Präsident der Handelskammer.
  - IV. C. Molinari, Kaufmann. Winkler, Maurermeister.

**Fabrik-Schule:**  
Baag, Polizei-Inspr. a. D. Medel, v. Sembsch, Major a. D. Milde jun., Kaufmann. Peter, Zigarrenmeister.

**Sonntagschule für Handwerkskinder:**  
Krause, Apotheker. Dr. Wissowa, Gymnasial-Direktor. Reiss sen., Poljanentirer.

**Curatoren der höheren Unterrichts-Anstalten:**  
Gymnasium zu St. Elisabeth. Jurok, Kaufmann. Ruchardt, Buchhdrl. Maria Magdalena. Werholz, Buchhdrl. Lewald, Spezial-Direktor.

**Höhere Bürger-Schule I.** Gebauer, Direktor. J. Neugebauer, Kaufmann. J. Somme, Kaufmann.

**Höhere Bürger-Schule II.** Krietz, Apotheker. Wörthmann, Kaufmann.

**Töchter-Schule zu St. M. Magdalena.** Grund, Kim. Wolff, Apotheker.

**Hospital zu St. Trinitas.** Werholz, Buchhdrl. A. Krietz, Kaufm. Bernhard. Bartels, Desillateur. Gelschick, Kim. zum h. Geist. Jurok, Kaufmann. D. Müller, Partikular. zu 11,000 Jungfr. John, Kaufm. Krause sen., Zimmermeister. zu St. Hieronymi. Böhm, Mühlen-Inspr. Pohl, Urmacher. Kinder-Hospital zu St. Gertrud. Burghardt, Gasthofsbes. Graf Harrach, Pfeffer, Desillateur.

**Kranken-Hospital i. d. Neust. Krater, geh. Kommerzien-R. Woywode, Kreidhauer.**

**Kinder-Erziehungs-Institut.** Ehrenprete. Gähde, Partikul. Späuf, Pfefferküchler.

**Unterstützungs-Kommission für Landwehr-Familien:**  
Diege, Schönfärbereimeister. Gucke, Gastwirth. Heinrich, Züchner. Steinlein, Urmacher.

**Sanitäts-Kommission:**  
Brand, Buchbindermeister. Dr. Krüger, prakt. Arzt. Hofstädter, Apotheker. Krietz, Eisenförmereister. Siebig, Partikular. Dr. Springer, pr. Arzt. Thode, Maurermeister.

**Gräf. Werholz, Ludewig, Hübner.**

**§ Breslau, 15. Febr.** [Vor dem hiesigen Stadtgerichte] kam heute ein interessanter Rechtsfall zur Entscheidung. Der ehemalige Agent Franz Fekel hatte nämlich einem ehemaligen Gutsbesitzer ein Darlehen von 2000 Thlr. verschafft und dafür die Courtage mit 30 Thlr. erhoben. Der Gerichtshof erachtete diesen Gehaltensatz für zu hoch und verurtheilte den Angeklagten zur Erstattung der Kosten und einer Geldbuße von 50 Thlr., die im Unvermögensfalle mit vierwöchentlicher Gefängnisstrafe abzulösen ist.

**§ Breslau, 15. Februar.** [Polizeiliche Nachrichten.] In der beendigten Woche sind (excl. 3 todgeborener Kinder) von hiesigen Einwohnern gestorben: 45 männliche und 32 weibliche, zusammen 77 Personen. — Von diesen starben an Abzehrung 11, Altersschwäche 6, Bräune 3, Durchfall 1, Gehirnentzündung 5, Zehrfieber 2, katarrhalisches Fieber 1, Keuchhusten 1, Krämpfe 6, Leberentzündung 6, Lungenentzündung 1, Leberleiden 1, Malaria 1, Schärflach 1, Skropheln 1, Schlagfluß 5, Stichfluß 2, Lungen-schwindel 13, Luftröhrenschwindel 1, Typhus 1, Unterleib-leiden 1, Brustwassersucht 2, Herbschmerz-wassersucht 2, allg. Wassersucht 2. — Unter diesen starben in den öffentlichen Kranken-Anstalten, und zwar: in dem allgemeinen Krankenhospital 13, in dem Hospital der barmherzigen Brüder 3. — Den Jahren nach befanden sich unter den Verstorbenen: unter 1 Jahr 20, von

1—5 Jahren 13, von 5—10 Jahren 1, von 10—20 Jahren 3, von 20—30 Jahren 1, von 30—40 Jahren 6, von 40—50 Jahren 4, von 50—60 Jahren 9, von 60—70 Jahren 11, von 70—80 Jahren 8, von 80—90 Jahren 1.

**§ Breslau, 15. Febr.** [Der Geburtstag des Herrn Prof. Nees von Esenbeck] wurde gestern Abend in dem festlich geschmückten Saale des Tempelgartens durch ein Bankett gefeiert, an welchem ungefähr 230 Gäste Theil nahmen. Während der Mahlzeit entfaltete sich in der Galerie eine heitere Tisch-musik, zwei für diesen Zweck gebildete Festlieder wurden unter Begleitung des Orchesters abgesungen. — Die Trinksprüche, welche von den Herren Laßwitz, Gottschall, Hoffrichter, Meyer u. A. ausgebracht wurden, galtens zum Theil dem Heiden des Tages und seinen nächsten Angehörigen. Der Dichter Gottschall sprach in Versen seine Begeisterung aus, ein Studirender gedachte der Verdienste des Gefeierten um die Wissenschaft. Professor Nees erhob sich mehrmals, um seinen Freunden und Schülern für die ihm bewiesene Anhänglichkeit zu danken, und lehnte die Ehrenbezeugungen, welche ihm zu Theil wurden, von sich ab und wollte, daß sie vielmehr der Idee gegolten würden, für welche sein ganzes Leben hindurch gestritten habe. — Eine Sammlung zu Gunsten des zu erbauenden christkatholischen Gemeinde-hauses ergab die Summe von circa 20 Thln. Die Gesellschaft trennte sich erst Mitternacht.

**Breslau, 15. Februar.** [Theater.] Gestern Abend fand in unserm Theater die Erinnerungsfest an Albert Lorking statt. Das Haus war recht gut besucht — recht gut, aber viele Plätze waren noch zu vergeben. Man kann nicht sagen, daß sich unser Publikum beileibe hätte, seinen Wohlthätigkeits-sinn zu bewahren. Allein die Entschuldigungen liegen ziemlich nahe. Heute ist ja großer Ball im Theater, zu dem sich Tausende drängen! da mußte man gefehen schon den Ballsaal zurechtlegen, da hatte man tausenderlei Dinge zu besorgen, wie sollte man da noch an die arme Familie eines in Dürftigkeit gestorbenen Künstlers denken! Die Entschuldigung liegt nahe, und — es ist wahrlich Nichts dagegen einzuwenden!

Die Feier selbst war eine würdige und erhebende. Nach Beethovens Duettüre zum „Coriolan“ sprach Herr Görner eine von Laßwitz gedichtete Rede — eine herbe Anklage gegen das deutsche Volk. — Herr Krieger und der Männer-Chor trugen alsdann Lorkings letzte Komposition vor, „Das Lied vom neunten Regiment“, ein kräftiges Musikstück, das vielen Anklang fand.

Die Vorstellung vom „Ezra und Zimmermann“, die alsdann folgte, war eine in jeder Beziehung vollendete. Es schien, als ob der Geist des gestorbenen Meisters sämtliche Mitwirkende besesse, Spiel und Gesang war leicht und fließend, und bald war das Publikum in die heiterste, fröhlichste Laune versetzt. Wie viel eine solche Stimmung werth ist, Karl Beck bezeugte es in seinem Epilog eben so schön als wahr, mit den Worten:

„Ein heitiger Freund ist gar ein freundliches Licht,  
„Wenn drohend und das Mißgeschick umnachtet:  
„Doch leuchtet er mit goldenen Strahlen nicht,  
„Und führt uns nicht mit ewigen Gedanken,  
„Und lehrt uns nicht im Kampfe männlich stehen,  
„Doch zarter ist des heitigen Freundes Hand,  
„Und williger als die des weisen Freundes,  
„Er reicht uns lächelnd ein Trunk Vergessen,  
„Ja schäfernd hüpfet er uns voran, und wir  
„Wir hüpfen nach, und werden Kinder. O!  
„Und das ist mehr und das ist Alles, ist  
„Der Erde höchster Schatz!“

Dieser Epilog, der nach der Dper von Fräulein Schwellle mit vielem Ausdruck gesprochen wurde, drückte das Wes über das Schicksal des heimgegangenen Künstlers und die Pflichten, die wir gegen ihn zu erfüllen haben, mit eben so vielem sittlichen Ernst, als versöhnender Milde aus. Daß er gestorben, mögen wir nicht beklagen. Er hatte ein echt deutsches Gemüth, ein warmes Herz für die Freiheit und

„Er sieht sie nicht verderben in der Jugend,  
„Und zwischen Lebenslust und Todesangst  
„Auf schlafverwirrtem Krankenbette fiebern.“

Aber daß er in Noth gelebt, mögen wir betauern, und uns seinen Hinterlassenen dankbar erweisen! Es ist ein gar liebliches Bild, in dem Beck an dieser Stelle den Komponisten mit dem singenden Vogel vergleicht, dessen Nest über Nacht zerfällt.

„Vom Baume fliehet der Vogel,  
„Und schaffet inmitten süßer Gefänge,  
„Und lüthet den Halm, das Blättchen und den Boden,  
„Und kehrt zurück und baut das theure Nest.  
„Der Meister sang, wir hörten seine Weisen,  
„Doch plötzlich fand er, was er bang gesucht,  
„Sein Nest, begonnen kaum zum Schuß der Kleinen,  
„Zerfallen kann es über Nacht, das schwankte  
„Dun — deutsches Volk, vollende Du den Bau!“

Im dritten Akte der Dper machte Hr. Krieger nach dem Esarienthe folgende Einlage:

Und Dir, dem Verklärten, erlöse Dein Lied,  
Das einst Du gelungen, von Wärme durchglüht,  
Und siehst Du hernieder aus himmlischen Höhen,  
So wirst Du gefeiert, geachtet Dich sehn.  
Hienieden, o Meister, vergißt man nie Dein,  
Du bist nur geschieden, um selig zu sein.

Den Schluß bildete ein lebendes Bild „Lorkings Verklärung“, von Hrn. Görner sehr sinnig arrangirt. Sämmtliche Piesen erregten stürmische Beifallsbezeugungen. Fräul. Babinig, die H. Krieger, Prawitz, Götte u. Campe wurden zu wiederholten Malen gerufen; Hr. Krieger, nach der angeführten Einlage noch in offener Szene. Eben so wurden die Herren Beck und Görner gerufen; doch erschien nur der Letztere.

Für die Freunde Lorkings will ich hier noch einige biographische Notizen über denselben geben. Er war im Jahre 1800 geboren; seit 1819 lebte er als Sänger und Schauspieler am Rhein, 1833 kam er nach Leipzig. Dort schrieb er seine erste Dper: Die beiden Schützen (1835). Dieser folgte (1837) Ezra und Zimmermann, die seinen Namen berühmt machte. Schnell hintereinander folgten dann: Caramo, oder das Fischerstechen (1839), Hans Sachs (1840), Casanova (1841) und der Witschütz (1842). Später wurde er Kapellmeister am Theater zu Leipzig (1844); ein Jahr darauf erschien seine Dper Undine. Von Leipzig ging er im Jahre 1846 nach Wien, wo er folgende Dpern schrieb: Der Waffenschmied, Zum Groß-Admiral, Regine und Die Rolandkneppen. Seit dem vorigen Jahre lebte er als Kapellmeister am Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater in Berlin. M. K.

**\* Breslau, 14. Febr.** [Theater.] Das von Herrn Blattner zu seinem Benefiz gewählte fünftägige Drama: Bajazzo und seine Familie, welches wohl berechtigt ist, in der deutschen Bearbeitung des Schauspielers Moor über alle deutschen Bühnen zu gehen, heißt im französischen Original: Paillasse et sa famille. — Die Herren Denner und Marc-Journier sind gemeinsam die Verfasser dieser Tragikomödie, und haben dieselbe ausdrücklich für das Theater La Gaite in Paris geschrieben, — die Hauptrolle für den Schauspieler Lemaitre. — Bajazzo und seine Familie ist ein mit routine, oft fester Hand entworfenes dramatisches Bild, das sich unter den jüngsten französischen Bühnenarbeiten eines sehr hervorragenden Erfolges zu erfreuen gehabt hat. Es kann ihm auch in Breslau ein empfängliches Publikum nicht fehlen, und wenn nicht alle Beiden trügen, so dürfte dasselbe hier wie überall ein sogenanntes Kassenstück werden.

**Legniz, 14. Febr.** Nach einer Bekanntmachung der kgl. Regierung im Amtsblatt ist der Schluß der niedern Jagd für dies Jahr auf Sonnabend den 15. d. Monats festgesetzt worden.

**\*\* Aus dem Leobschütz-Kreise, 13. Februar.** [Wahl eines Abgeordneten. — Gemeinde-Ordnung. — Mährische Sprache.] Heute fand in Leobschütz die Neuwahl eines Abgeordneten zur zweiten Kammer an Stelle des ausgeschiedenen Exzprierer Poppe zu Neustadt statt. Von 453 Wahlmännern waren 189 erschienen, und wurde der Kreisrichter Klose in Neustadt mit 103 Stimmen zum Abgeordneten gewählt. Viele Wahlmänner waren ihres Mandats durch Wohnortsveränderung verlustig, einige gestorben, aber nur in einem Falle war eine Neuwahl erfolgt. Der Gewählte ist ein im Wahlkreise allgemein geachteter Mann, und gehört zur liberal-konstitutionellen Partei.

An Stelle des Abgeordneten zur ersten Kammer, Dr. Kuh, wird im Wahlbezirk Leobschütz die Neuwahl am 20. d. M. in Rathhof stattfinden, über deren Resultat berichtet werden wird.

In Rathhof finden am 19. d. M. die Gemeinderaths-Wahlen statt. Von Einführung der Gemeinde-Ordnung bei den Landgemeinden immer noch keine Spur. Das Interesse dafür ist indeß jetzt ein regeres, da einzelne Beschlässe der provisorischen Kreisvertretung in neuester Zeit eine bedeutende Mißstimmung hervorgerufen hatten. Es soll, wie verlautet, ein Antrag auf Definitivität der Verhandlungen der provisorischen Kreisvertretung gestellt und namentlich auch die Frage zur Entscheidung provocirt werden, ob die Vertreter des Rustikalstandes, deren Mandat mit dem 1. Januar d. J. abgelaufen war, noch ferner berechtigt sind, mitzubewahren und zu beschließen. Es ist zu hoffen, daß die gegenwärtigen provisorischen Zustände ihre definitive Erlebigung bald finden mögen.

Wie schnell die mährische Sprache an Verbreitung in neuester Zeit zunimmt, beweist der Umstand, daß in einem Dorfe eines benachbarten Kreises, welches noch vor wenig Wochen aus ein deutsches angefallen wurde, die Nothwendigkeit eintrat, einen der mährischen Sprache kundigen Pfarrer anzustellen.

Die österreichischen Truppengänge auf der Wilhelmsbahn dauern ohne Unterbrechung fort. Am 12. d. Mts. passirten 96 Mann vom Infanterie-Regiment Erzherzog Wilhelm nach Krakau. (C. C.)

**Legniz.** Dem bisherigen Hilfsaufseher Wilhelm Seeliger ist die zweite Fösterstelle zu Grünau in der Dorsföhrerei Grünau vom 1. Febr. d. J. ab definitiv verliehen worden. Der Kaufm. Genung zu Rothenburg Derslauff als Kammerer dafelbst; und der bisherige Adjutant Horbisch als Schullehrer zu Ober-Dermannsdorf, Leubauer Kreises, bestätigt.

Im Bezirk des Appellations-Gerichts in Glogau. Versteht: der Kreis-Gerichts-Rath Derslin in Legniz in gleicher Eigenschaft an das Kreis-Gericht in Glogau. Penfionirt: der Kreis-Gerichts-Sekretär Stephan in Glogau. Entlassen: der Appellations-Gerichts-Referendarus Seiffert, mit Vorbehalt des Wiedereintritts.

**Mannigfaltiges.**  
— (Aus der Provinz.) In Nr. 19 des Niederschl. Anzeigers vom 14. Februar lesen wir Nachstehendes:

Das Finden eines Schates am 150jährigen Krönungstage des ersten Königs von Preußen, als am 18. Januar 1851.

Keine Zeitungs-Ente. (Eingelant)

In Legniz, ohnweit Schwebus, Kreis Züllichau, fand der dafige Gastwirth „zum grünen Baum“ bei Ausräumung seines Kellers am 18. Januar (Nachmittags), als am 150jährigen Krönungstage des ersten Königs von Preußen (Friedrich I.), einen bedeutenden Schatz, bestehend in Gold- und Silbermünzen, als: Friedrichs-Große, Daler, Marien-Thaler, Vierundzwanziger und Achtundvierziger, sämtlich geprägt unter der Regierung Friedrich I. und Friedrich Wilhelm I. Bei Ausräumung des Schuttes hat man einen Stein gefunden, auf dem der Schatz gelegen, und ist dabei in der Mitte des Kellers auf einen harten, kumpstönenden Gegenstand gestoßen. Bei näherer Untersuchung fand sich ein schwerer vieredriger eiserner Kasten vor, angefüllt mit geringem Gold und Silber; trotzdem daß der Kasten vom Wind gählig zerfressen, haben sich die Münzen sehr gut gehalten und sind meistens so blank, als wären dieselben erst jetzt geprägt worden. Ein zufällig durchreisender jüdischer Kaufmann bot für diesen Schatz gleich 6000 Rthl. Der Gastwirth wird sich aber wohl hüten, denselben unter dem wahren Werthe zu verkaufen.

Schönes Andenken an das Krönungsfest.  
— (Berlin, 14. Februar.) Wie sehr das neue magnetoelektrische Verfahren in vielen Kreisen sich Geltung verschafft, geht daraus hervor, daß der bekannte Arzt, Dr. Bamberger, der sich mit jener Methode doch Verbindung mit dem animalischen Magnetismus vielfach beschäftigt hat, zu einer heiligen Person nach außerhalb zur Ausführung einer solchen Kur berufen worden ist.

— (Posen, 13. Februar.) Vorgefunden Morgen ereignete sich hier ein bedauerlicher Unfall. Ein Artillerie-Unteroffizier, Sohn eines wohlhabenden Kaufmanns aus Glogau, bei einem hiesigen Bürger im Quartier, wurde am Morgen von Kohlendampf erstickt in seinem Bette vorgefunden.

— (Witterung.) Alle 35 Jahre, sagt die Kr. Ztg., soll die gleiche Witterung sich wiederholen. Diese Fabelung, welche die Niederländer gemacht haben und von der auch Bacon redet, findet ein Meteorologe (Wetterbeobachter) in der Kln. Ztg. nach langjähriger Beobachtung bestätigt. 1846 entsprach 1811, das Ende 1850 und der Anfang 1851 befiel, bemerkt er, abermals diese Beobachtung, indem der jetzige Winter ganz dem von 1815 auf 1816 entspreche.

— (Das Mähdener Waffensmuseum) wurde in jüngster Zeit um ein kostbares Stück vermehrt. Es ist eine Finte, die dem Cardinal Nidellius gehörte und welche er bei der Belagerung von Nockle im Jahre 1628 trug, als er die Belagerungsarbeiten beendigte. Einiges Tages geriet der Cardinal in große Lebensgefahr, aus der ihn ein Freiherr v. Stobert, ein bairischer, in französischen Diensten stehender Kapitän rettete. Zum Zeichen seiner Dankbarkeit überreichte der Cardinal seinem Retter die Finte, die er trug. Diese Finte schon gearbeitet wurde blieb im Besitze der Familie Stobert bis zu ihrem. Ende des vorigen Jahrhunderts erfolgte Absterben. Damals kam sie in Besitz des bairischen Hofbanquiers, der sie um eine hohe Summe kaufte; nach dessen Tode schenkte sie sein Sohn dem kbnigl. Museum.

**Handel, Gewerbe und Ackerbau.**

**\* Breslau, 15. Febr.** [Wochenbericht.] Bei den so lauen auswärtigen Verhältnissen, die fast täglich entnervend lauten, konnte es an unserm Markte durchaus nicht leicht mit Getreide gehen. Es wird dadurch alle Spekulation benommen, so daß nur unsere Konsumanten als Käufer am Markte bleiben und ist dies eine natürliche Folge, daß wir in den Preisen zurückgehen müssen, weil die Zufuhren alsdann genügend für den Bedarf ausreichen und Käufer um so diffideler werden. Ganz besonders vernachlässigt ist Weizen, von welchem heute weniger von 48 bis 54 Sgr. und gelber von 47 bis 52 Sgr. bezahlt wurde. Roggen geht nur schleppend ab, und man bedang die ganze Woche hindurch 37 bis 41 Sgr., höchstens 42 Sgr. dafür, dabei sind große Partien nicht anzubringen. Nach Gerste war die Frage in diesen Tagen schwach, was besonders bei mittleren Gattungen der Fall war, man bewilligte heute für mittlere Sorten 26 bis 28 Sgr., während bester Qualitäten 28 bis 30 Sgr. und 31 Sgr. bedangen. Hafer bleibt ebenfalls schwer zu placiren und man kauft willig mittlere Sorten 22 bis 23 Sgr. und feine von 23 bis 24 Sgr. Roggerben werden wenig angeboten, es zeigte sich zu billigen Preisen und zwar zu 39 bis 45 Sgr. einige Krage, es waren jedoch die nöthigen Quantitäten nicht vorhanden und wollten auch Anhaber dazu nicht verkaufen.

Derslaaten werden sehr mäßig zugeführt, daher das Geschäft darin nicht von Belang ist. Wir notiren Naps 80 bis 85 Sgr., Rüböl 61 bis 66 Sgr. und Leinöl 50 bis 60 Sgr.

In Kleesaat war das Geschäft in dieser Woche beträchtlich, und es können wohl an 3000 Ctr. umgegangen sein. Es gehen nun immer mehr Aufträge aus den Nachbarprovinzen ein, wodurch sich der Markt, wenn er auch einen Tag lau wird, gleich wieder befestigt. Diejenigen Käufer, welche ihre Verordnungen allein nach Hamburg haben, um so mehr jetzt, der schwachen Umläge wegen, dort viel weniger, als der Nähe taufen aber diejenigen, denen Aufträge in vielen Händen von 7 1/2 bis 12 1/2 gegeben werden. Heute begabte man rotbe Saat von 12 bis 12 1/2 Sgr., und weiße von 5 bis 12 1/2 Sgr. Keine Sorten bleiben immer die beliebtesten, daher es oft kommt, daß sich Anhaber von geringen und mittleren Sorten, wenn sie nicht bald verkaufen, später einen niedrigeren Preis von 1/2 bis 1/2 Sgr. gefallen lassen müssen.

Spiritus hat sich seit einigen Tagen in den Preisen merklich gehoben, und wir sind heute bei Kleinigkeiten auf 6 Sgr. gegangen, während für größere Partien 6 1/2 Sgr. vergoben geboten wird. Die Zu-

fußren haben sehr nachgelassen, daher ein ferneres Steigen nicht ausbleiben kann, besonders wenn sich der Begehr dafür bessern sollte. Auf Lieferung wurde nichts gehandelt.

Rübbi bleibt lau, 11 Sgr. ist loco Waare zu haben, Käufer mögen jedoch nichts dazu nehmen, weil sich dasselbe aus Berlin und Stettin billiger beziehen läßt.

Von Zink wurden mehrere 1000 Ctr. in diesen Tagen zu etwas besseren Preisen begeben, bezahlt wurde loco 4 Thlr. 14 Sgr. 14 1/2 Sgr. und 4 1/2 Sgr., und ab Gleiwitz 4 Thlr. 8 Sgr., 4 Thlr. 8 1/2 Sgr. und 4 Thlr. 9 Sgr. Diese Preise bleiben ferner zu bebingen, ohne daß sich Abgeber dazu zeigen.

\* Wien, 14. Febr. In der heutigen Sitzung des Zollkongresses wurden die Tariffätze für Eisenwaren berathen und zwar nach den Abfertigungen der Eisenmit mit 5, 10, 15, 25 und 100 Rl. C.M. bei der Einfuhr festgesetzt. Für Gold-, Silber- und Bijouterie-Waaren ward ein Einfuhrzoll von 2 Rl. 30 Kr. C.M. pro Pfund bestimmt, für Bijouterien feinsten Gattung 6 Rl. pro Pfund.

**Niederösterreich-Mährische Eisenbahn.** Die Frequenz auf der Niederösterreich-Mährischen Eisenbahn betrug in der Woche vom 2. bis 8. Februar d. J. 8482 Personen und 25224 Rthl. 28 Sgr. 11 Pf. Gesamt-Einnahme für Personen-, Güter- und Vieh-Transport 10, vorbehaltlich späterer Feststellung durch die Haupt-Kontrolle.

**Inferrate.**

**Bekanntmachung.**

Folgende Posten werden vom 15. Februar 1851 ab aufgehoben:

- 1) die Reiffe-Dlmüser Mailpost per Ziegenhals, auf der Strecke zwischen Reiffe und Zudmantel;
- 2) die Lokal-Personen-Carolpost zwischen Ziegenhals und Reiffe.

In deren Stelle wird eingerichtet: eine tägliche vierstellige Personenpost ohne Beklaffen-Gestellung zwischen Freiwaldau per Ziegenhals und Reiffe-Bahnhof, zum Anschluß an den um 5 1/2 Uhr Abends abgehenden Eisenbahnzug. Diese neue Post erhält folgenden Gang:

Aus Freiwaldau um 10 Uhr Morgens,  
in Reiffe-Bahnhof um 3 Uhr 55 Minuten Nachmittags.  
Aus Reiffe-Bahnhof um 11 1/2 Uhr Vormittags (event. nach Anknüpf des ersten Bahnzuges von Brieg),  
in Freiwaldau um 5 1/2 Uhr Abends.

Zur steueramtlichen Behandlung der Effekten 10. bleibt in Ziegenhals eine Stunde Aufenthalt.

Das Personengeld beträgt:  
zwischen Freiwaldau und Ziegenhals 1 Gulden = 20 Sgr.  
zwischen Ziegenhals und Reiffe-Bahnhof 15 Sgr.

Oppeln, den 13. Februar 1851.  
Der Ober-Post-Direktor Albinus.

**Bekanntmachung.**

Behufs Anfertigung der diesjährigen Aushebungs-Liste werden:

1. alle diejenigen hier wohnhaften, so wie auch alle hiesigen in Fesseln, Lehrs- oder Dienst-Verhältnissen stehenden jungen Leute, welche in dem Jahre 1831 geboren;
2. alle diejenigen, welche in einem der Jahre von 1827 bis 1830 einschließlich geboren sind, aber ihrer Militär-Dienstpflicht noch nicht genügt haben und mit keinem Invaliden- oder Armees-Reserve-Schein versehen sind;

hierdurch aufgefodert, sich:

im Saale des Zwinger-Gebäudes

an folgenden Tagen vor unserer zur Aufnahme der Stammrollen geordneten Kommission einzufinden und ihre Eintragung zu gewärtigen.

- Es haben sich hierzu zu melden:
- a) am 20. Februar dieses Jahres, Vormittags um 9 Uhr, die des ersten Polizei-Kommissariats;
  - b) am selbigen Tage, Nachmittags 2 Uhr, die des zweiten Polizei-Kommissariats;
  - c) am 21. Februar d. J., Vormittags um 9 Uhr, die des dritten Polizei-Kommissariats;
  - d) am selbigen Tage, Nachmittags um 2 Uhr, die des vierten Polizei-Kommissariats;
  - e) am 22. Februar d. J., Vormittags um 9 Uhr, die des fünften Polizei-Kommissariats;
  - f) am selbigen Tage, Nachmittags um 2 Uhr, die des sechsten Polizei-Kommissariats;
  - g) am 23. Februar d. J., Vormittags um 9 Uhr, die des siebenten Polizei-Kommissariats;
  - h) am selbigen Tage, Nachmittags um 2 Uhr, die des achten Polizei-Kommissariats;
  - i) am 24. Februar d. J., Vormittags um 9 Uhr, die des neunten Polizei-Kommissariats;
  - k) am selbigen Tage, Nachmittags um 2 Uhr, die des zehnten Polizei-Kommissariats.

Wer darüber ungewiß ist, zu welchem Polizei-Kommissariat seine Wohnung gehört, wird auf Verlangen bei dem ihm zunächst wohnenden königlichen Polizei-Kommissarius Auskunft erhalten.

Wer sich in den vorstehend genannten Terminen nicht meldet und die unterlassene Meldung bei der später erfolgenden Nach-Revision nicht hinreichend zu rechtfertigen vermag, der wird nicht nur seiner Reklamations-Gründe verlustig, sondern auch, wenn er zum Militärdienste tauglich befunden wird, vor allen andern Militärpflichtigen zum Dienste eingestelt werden.

Die Gestaltungs-Scheine sind mitzubringen.  
Für die Abwesenden müssen die Eltern, Vormünder oder Verwandten erscheinen.

Breslau, den 10. Februar 1851.  
Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenzstadt.

**Bekanntmachung.**

Alle diejenigen, welche bei dem hiesigen Stadt-Leihamte Pfänder der ersten und rückständigen Zinsen von den Pfand-Kapitalien innerhalb acht Monaten noch nicht berichtigt haben, werden hierdurch aufgefordert, entweder ihre Pfänder binnen vier Wochen a dato durch Berichtigung des Pfandschillings und der Zinsreste einzulösen, oder sich über den weiter zu bewilligenden Kredit mit dem Leihamte zu einigen, widrigenfalls die betreffenden Pfänder durch Auktion verkauft werden sollen.

Breslau, den 7. Februar 1851.  
Das Stadt-Leihamt.

**Der evangelische Verein**

versammelt sich Dienstag den 18. Februar, Abends 7 Uhr, im Eisfabriken. Besprechung über die kirchliche Verfassungs-Angelegenheit.

Montag den 17. Februar, Abends 7 Uhr, Versammlung der konstitutionellen Bürger-Resourse im Weisgarten: Abschluß der Berathung über den Verein gegen Thierquälerei; innere Angelegenheiten.

**Central-Anwanderungs-Verein**  
für Schlesien in Breslau.

Der Vorsitzende des Vereins, C. Winderlich, Wallstraße Nr. 14, ist von namhaften Schiffherren und Expedienten in Bremen und Hamburg ermächtigt, Kontakte abzusuchen und für die Ueberfahrt nach allen Häfen die billigen Preise zu stellen, was hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Der Vorstand des obengenannten Vereins.

Mit einer Beilage.



erste Etage Kiemerzeile 10.



